

Wegzugspreis: Vom 7.-12. Oktober 42 Millionen M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 7.-12. Oktober für Deutschland, Dänzig, Saar- und Westfalen sowie Österreich u. Zugrundlegung 92 Millionen für das übrige Ausland 92 Millionen Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Beim Wirt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntag, den 7. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 35 — Bankkonto: Direktion der Postbank-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Anzeigen-Grundpreise:
Die einseitige Nonpareilzeile 400 Mark, Reklamezeile 2000 Mark.
„Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 120 Mark (zweifach zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 60 Mark. Streifenzeile das erste Wort 60 Mark, jedes weitere Wort 50 Mark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnement Zeile 40 Mark.
Alle Grundpreise mal 6 Stufenzahl zur Zeit 100 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckverlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Regierungserklärung im Reichstag.

Nach einer zerrüttenden Krise hat sich gestern die Regierung Stresemann wieder auf die Beine gestellt. Noch in den letzten Minuten vor Beginn der Sitzung schwirrten durch das Haus Gerüchte von neuen Schwierigkeiten: da Schacht und Kappeler abgelehnt hätten, sei kein Finanzminister und kein Wirtschaftsminister vorhanden. Die meisten Abgeordneten erfuhren erst aus den einleitenden Worten der Kanzlerrede, daß Dr. Koeth zum Wirtschaftsminister, der bisherige Ernährungsminister Dr. Luther zum Finanzminister ernannt, das Kabinett also — bis auf den freigewordenen Sitz des Ernährungsministers und das vom Kanzler verordnete Amt des Auswärtigen — vollständig besetzt sei.

Die folgenden Ausführungen Dr. Stresemanns über die auswärtige und innere Politik waren geeignet, die Befürchtung zu zerstreuen, daß durch die teilweise Umbildung des Kabinetts eine Rechtschwengung eingetreten sei. Der Reichskanzler polemisierte scharf und glücklich gegen das unverantwortliche Treiben der Deutschnationalen, denen sich eine Gruppe seiner eigenen Fraktion so seelenverwandelt fühlt. Dabei gab er freimütig zu, was nicht zu verschweigen ist, daß nämlich der von vielen von der Einstellung des passiven Widerstandes erwartete Erfolg ausgeblieben ist. Gründlich aber zerstörte er die heberäidische Demagogie derer, die so tun, als ob durch die Fortsetzung des passiven Widerstandes noch etwas zu erreichen gewesen sei, oder als ob sie irgendein geheimnisvolles Zaubermittel in der Tasche hätten, um die auswärtige Lage zu meistern. Den Willen des deutschen Volkes, auf dem Wege von Verhandlungen zu einer Verständigung zu kommen, stellte er vor aller Welt noch einmal ausdrücklich fest, ebenso aber auch seinen festen Entschluß, sein Recht auf deutschen Boden gegen eine brutale Pfandpolitik zu verteidigen.

In Prophezeiungen über die Zukunft und Ankündigungen über weitere Schritte der deutschen Regierung erging sich der Reichskanzler nicht. Tatsächlich ist ja auch jede deutsche Aktivität auf dem Gebiet der auswärtigen Politik zurzeit lahmgelegt. Kommt es nicht in absehbarer Zeit zu aussichtsreichen Verhandlungen, die die Stellung der Reichsregierung stärken, so werden inzwischen die inneren Schwierigkeiten in solchem Maße wachsen, daß niemand das Ende voraussetzen kann. Mit der Einstellung des passiven Widerstandes hat Deutschland das Wort gesprochen, das erlösend wirken konnte: das Echo aber ist ausgeblieben. Noch einmal bietet sich den Gläubigern Deutschlands die Gelegenheit, mit einer verfassungsmäßigen deutschen Regierung zu verhandeln, in diesen Verhandlungen ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen und damit die Verhältnisse Europas zu stabilisieren. Wird man auf der anderen Seite begreifen, daß jetzt die letzte Stunde geschlagen hat, in der eine solche Entwicklung zum Besseren möglich ist?

Die Darlegungen des Reichskanzlers über die auswärtige Politik, seine kräftige Zurückweisung nationalistischer Angriffe fanden auch links lebhafteste Zustimmung. Dasselbe gilt von seinen Ausführungen über die Wirtschaftspolitik, die geradezu sensationell wirkten. Denn wenn sich der Reichskanzler mit großer Schärfe gegen die Preispolitik der Kartelle und Syndikate wandte und gegen ihre Ueberpreisforderungen Maßnahmen in Aussicht stellte, so sprach er endlich aus, was gerade von einem Teil seiner Parteifreunde bisher bestritten worden war. Seit langem fordert die Sozialdemokratie unausgesetzt eine schärfere Kontrolle und Ueberwachung der Preisbildung, insbesondere bei den Rohstoffmärkten. Neuerdings sind insbesondere die Kohlenpreise auf eine Höhe heraufgeschossen, die ebenso die Konkurrenzfähigkeit der verarbeitenden Industrie wie die Existenzmöglichkeit der kommunalen Werke gefährden. Aber auch in der übrigen Industrie sind Kalkulationsmethoden eingerissen, die alles Risiko an der Geldwertveränderung rücksichtslos auf den Verbraucher abwälzen und das Monopol der Produzenten rücksichtslos auf Kosten der Allgemeinheit ausüben. Es ist erfreulich, daß der Reichskanzler den Mut gefunden hat, hier gegen Interessengruppen aufzutreten, die den Bestand der deutschen Wirtschaft gefährden, obgleich sie ihm zu einem Teil seiner Parteistellung nach nahe stehen. Sicher leitet ihn dabei nicht irgendeine besondere Vorliebe für die Verbraucherinteressen, oder gar eine Einstellung, die unsere Gegner „Marxismus“ nennen, weil sie dieses Wort nicht verstehen, sondern nur die Kenntnis der Tatsachen. Tatsächlich erdroffelt das Preisdiktat der Kartelle den Absatz der Fertigungsindustrie, weil den in Gold errechneten Preisen keine entsprechende Erhöhung der Kaufkraft der breiten Massen gegenübersteht. Schon jetzt dümmert es weiten Kreisen des Handels, die keine Ware absetzen können, daß es so auf keinen Fall weiter geht. Aber auch die Industrie, insbesondere die verarbeitenden Werke können sich den Luxus über-

steigerter Rohstoffpreise nicht mehr leisten. So verschärft sich der Gegensatz zwischen der Schwerindustrie auf der einen Seite und den Arbeitnehmern und Händlern auf der anderen Seite. Ist es doch bezeichnend genug, daß Herr Dr. Stresemann die rücksichtslose Preispolitik der Kartelle brandmarken konnte, wie sie insbesondere in der Schwerindustrie üblich ist, nachdem jenen erst diese Kreise den erfolgreichen Versuch gemacht haben, einen Wirtschaftsminister, der ihr nicht genug zu Willen war, aus seinem Amte zu bringen. Wir möchten insbesondere wünschen, daß die Worte des Reichskanzlers unter voller Billigung seines jetzigen Reichswirtschaftsministers Koeth gesprochen worden seien, der es leider seinerzeit als Leiter der Kriegsernährungsverwaltung versäumt hat, den Preisforderungen der Schwerindustrie mit genügendem Nachdruck entgegenzutreten.

Weniger befriedigend waren die Ausführungen des Reichskanzlers über Bayern. Für Bayern hat der Vorstoß, der das Kabinett ins Wanken brachte, als Entlastungs-offensive gewirkt. Während es in Berlin keine Reichsregierung gab, die ihre Autorität wahren konnte, hat Herr v. Kahr in München die seine desto rücksichtsloser durchgesetzt. Leider ist versäumt worden, den Anfängen zu wehren, und die verfassungswidrigen Zustände in Bayern haben dadurch eine nicht unerhebliche Festigung erfahren. So ist die Vorsicht, mit der Dr. Stresemann an die Behandlung der bayerischen Frage heranging, begreiflich, aber bei aller Vorsicht wäre es doch wohl möglich gewesen, den Rechtsstandpunkt des Reichs stärker zur Geltung zu bringen.

Als eine Ueberspannung des zentralistischen Prinzips konnte das um so weniger ausgenommen werden, als der Reichskanzler auf einem anderen überaus wichtigen Gebiet, nämlich dem des Steuerwesens, eine Annäherung an föderalistische Grundfassungen ankündigte. Die Verstärkung der einzelstaatlichen Steuerhoheit trägt dem „Eigenleben“ der Staaten weitgehend Rechnung. Reichsrecht aber, das besteht, muß gehalten werden und die Ausnahmezustand kann nur dann zur Not für gemessene Zeit erträglich sein, wenn er in allen Teilen des Reiches gleichmäßig und unparteiisch durchgeführt wird.

Was dann der Reichskanzler weiter über Fragen der Währung und der Produktionssteigerung sagte, zeigt noch einmal, vor welche ungeheuren Aufgaben sich die neue Regierung gestellt sieht. Was wird ihr Schicksal sein? Wir wollen nicht prophezeien — aber jedermann, der sich in den Stürmen dieser Zeit etwas ruhige Ueberlegung bewahrt hat, wird wünschen müssen, daß es ihr gelingen möge, sich zu behaupten und in das undurchdringliche Dunkel, das uns umgibt, wieder etwas Licht zu bringen. Man soll darum auch, wie immer man über Fragen des taktischen Verhaltens im einzelnen denken mag, den Mut und die Pflichttreue der Sozialdemokraten, die unter schwierigen Umständen auf dem Posten bleiben, die Anerkennung zollen, die sie verdienen!

Der Reichstag trat gestern zusammen. Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Stresemann, Arbeitsminister Dr. Brauns, Innenminister Solmann, Justizminister Dr. Radbruch, Wehrminister Gehler, Verkehrsminister Dezer, Postminister Hoeft, Finanzminister Dr. Luther, Wirtschaftsminister Koeth.

Die Tribünen sind überfüllt, das Haus ist gut besetzt. Präsident Lohse eröffnete die Sitzung um 13 Uhr.

Von der Tagesordnung abgesetzt wird das Ermächtigungsgesetz und das Gesetz über die Errichtung einer Währungsbank.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt

Abg. Könen (Komm.) mit scharfen Angriffen gegen die bayerische Regierung, einen Antrag sofort zur Beratung zu stellen, der die Aufhebung der bayerischen Streikordnung fordert.

Abg. Höllein (Komm.) fordert weiter, einen Antrag sofort zu behandeln, der die Aufhebung der vom Wehrminister verordneten Barzensur über Nachzügler von Unruhen verlangt. Der Redner behauptet, daß die Konterrevolution aufmarschiert sei und daß sie ihre Taten im Dunkeln verschleiern wolle. Im Küstriner Falle habe Gehler die Sitzen besessen, von national-kommunistischen Häuten zu sprechen, um durch das Schwanken des roten Luches den deutschen Spielbürger zu erschrecken.

Auf Vorschlag des Präsidenten werden Leide Anträge mit der Aussprache verbunden.

Weiterer Marksturz in New York.

Der Marksturz hat sich in New York gestern fortgesetzt. Die Schlussnotierung der Markt ergibt unter entsprechender Umrechnung einen Preis für den Dollar von 909,1 Millionen Mark nach dem Gold- und von 833,3 Millionen Mark nach dem Briefkurs.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung

Reichskanzler Dr. Stresemann

erhält sofort das Wort. Er wird von den Kommunisten mit lärmenden Zurufen empfangen, die rufen: Der Vertreter von Stinnes! Die Kullisse für Stinnes! Reichskanzler Dr. Stresemann erklärt: Ich will hier über die Neubildung der Reichsregierung sprechen. Ich kann den Herren Zwischenrufern versichern, daß Herr Stinnes mit dieser Neubildung nichts zu tun hat. Der Veroleich mit der Kullisse ist daher sehr wenig angebracht. (Heitere Zustimmung.) Die Regierungsneubildung hat sich vollzogen auf parteipolitischer Grundlage. Sie hat Veränderungen gebracht in der Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsfinanzministeriums. Das erste wird geführt von Herrn Dr. h. c. Koeth, das Reichsfinanzministerium von dem bisherigen Minister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Luther. Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft bleibt vorläufig offen, es ist die Absicht der Regierung, es zu besetzen mit einem aus der Landwirtschaft stammenden, mit ihr in engstem Vertrauensverhältnis stehenden (Zuruf bei den Kommunisten: Deutschnationalen!) Herrn. Was die Deutschnationalen zu diesem Kabinett zu sagen haben, dafür warten Sie die Erklärung der deutschnationalen Fraktion ab. Ich glaube nicht, daß diese sich deckt mit der Erklärung der Regierung. Die Vorgänge der letzten Tage haben eine sehr scharfe Kritik erfahren. Der Reichsverband der Eisen- und Stahlindustriellen sagt zum Beispiel,

der Parlamentarismus habe versagt.

(Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) Deshalb muß ich auf die Bedeutung dieser Kritik, soweit der Parlamentarismus in Betracht kommt, eingehen. Gestatten Sie mir, nicht nur an diejenigen Herren, die aus der Wirtschaft heraus Kritik daran üben, daß unter der Herrschaft des Parlamentarismus bei der politischen Entwicklung der letzten Jahre eine wirtschaftliche und finanzielle Zerrüttung eingetreten sei, die Gegenfrage zu stellen: Hat denn nicht auch die Wirtschaft versagt, indem sie sich dem Staate nicht zur Verfügung stellte? (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Seit der Zeit, wo das Kabinett Hebronsch sich dem Reichstag vorstellte, haben die Bemühungen nicht aufgehört, für die Ministerien der Wirtschaft und der Finanzen und für unser Verkehrs- und Postwesen die Herren heranzuziehen, die ihrerseits auf Grund ihrer praktischen Lebenserfahrung der Ansicht sind, daß das Fehlen dieser Erfahrung wesentlich zu dem Verlegen der Staatsverwaltung beigetragen habe. Die sich zur Verfügung stellten, waren fast immer solche, die aus dem Beamtentum hervorgegangen waren und dann in die Wirtschaft kamen. Es waren alles Persönlichkeiten wie der bisherige Vorkämpfer Dr. Wiedefeld, der Reichskanzler Dr. Cuno, Dr. Beder.

Wann aber haben die Herren, die sagen, daß der Parlamentarismus versage, wann haben sie ihre Köpfe mit ihrer Lebenserfahrung dem Staate zur Verfügung gestellt, um zu zeigen, wie man es besser macht, wie man die Verkehrsanstalten finanziell ausbleibt, um den Parlamentarismus einmal ad absurdum zu führen?

(Zustimmung bei der Mehrheit. — Andauernde Unterbrechungen seitens der Kommunisten und Deutschnationalen.) Jetzt gehen Sie, Herr v. Groeje, ich habe nicht verlangt, daß diese Männer sich mir zur Verfügung stellen, aber man hat sich dem bürgerlichen Kabinett Cuno ebenfalls nicht zur Verfügung gestellt. Ich rechne mich nicht zu denjenigen, die praktische Wirtschaftserfahrung haben, von mir gilt daselbe wie von den Persönlichkeiten, die ich beim Namen genannt habe. Den Parlamentarismus führt man nicht ad absurdum durch Resolutionen sondern durch praktische Arbeit, indem man zeigt, daß man die Dinge besser zu meistern vermag. (Erneute lebhafteste Zustimmung bei der Mehrheit. Unruhe rechts.) Nun eine zweite Frage: Die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen abgepielt haben, geben gewiß auch zu beträchtlicher Kritik Anlaß, aber es ist ein Irrtum, wenn es so hingestellt wird, als ob diese ganzen Vorgänge sich lediglich bezogen auf den Kampf um eine andere politische Einstellung. Um was handelt es sich denn bei dieser Grundfrage? (Erneute lärmende Zurufe bei den Kommunisten.) Ich bitte den Präsidenten, doch dafür Sorge zu tragen, daß ich auch in der Lage bin, mich verständlich zu machen! (Lebhafte Zustimmung. Glocke des Präsidenten.) Ich bin gern bereit, auf sachliche Zwischenrufe sachlich zu antworten; aber was dort geschieht, ist lediglich der Versuch einer Sabotage. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Es handelt sich um eine Grundfrage, die den Kämpfen der letzten Tage ihre Bedeutung gegeben hat. Weshalb kamen wir denn dazu, mit den Fraktionen Fühlung zu suchen? Es wird so hingestellt, als habe das Kabinett die Führung verloren und sie abgegeben an die Fraktionen, als habe es die Entscheidung in das Plenum verlegt. Ich würde ein solches Uebergeben der Entscheidung vom Kabinett an das Plenum für einen ganz falsch verstandenen Parlamentarismus, für eine ganz falsch verstandene Demokratie halten. Nein, wir treten an den Reichstag heran,

um ein Ermächtigungsgesetz zu erhalten,

um den Reichstag zu veranlassen, auf ihm verfassungsmäßig zustehende Rechte für längere Zeit zu verzichten, dem Kabinett Vollmachten zu geben, die weit hinausgehen über das, was jemals ein Kabinett an Vollmachten befohl. Diese verfassungsmäßigen Bestimmungen erforderten hier im Hause die Annahme mit Zweidrittelmehrheit. Es war ganz klar, daß bei der Bedeutung der Sachlage dem Kabinett nicht eine Blankovollmacht

gegeben werden konnte, sondern daß man sich klar werden mußte wenigstens über die Grundlinien, denen wir in bezug auf Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik folgen mußten, und es handelte sich bei diesem Problem nicht um die Festlegung von Prinzipien — über die könnte man sich leicht einigen —, sondern dessen, was praktisch geschehen sollte. Bei der Bedeutung dieser Frage entstanden die Differenzen, die sich bei der Neubildung der Regierung gezeigt haben.

Nach diesem Rückblick gestatte ich mir, einzugehen auf die außenpolitischen Verhältnisse.

Mit Bedauern habe ich eine internationale Kritik gelesen, die sagt, die Regierung zeige mehr Vertrauen zum Feinde als zum eigenen Volke. (Beifall, Lachen.) Diese Kritik bezog sich auf die Aufgabe des passiven Widerstandes. Weiter habe ich gelesen, man bedauere, daß die Regierung bei der Aufgabe dieses Widerstandes die materiellen Gesichtspunkte zu sehr in den Vordergrund gestellt, die idealen zurückgestellt habe. Eine große Kritik, eine sehr weitgehende Kritik davon, daß man Mißerfolge gehabt habe, weil die Erfolglosigkeit der außenpolitischen Wirkung klar zu Tage trete. Dieser Kritik liegt eine falsche Auffassung zugrunde über die Beweggründe für die Aufgabe des Widerstandes. Das Kabinett fand folgende Situation vor: Der Ruhrkampf war seit Januar geführt worden, geführt unter Bedrückungen und Gewalttätigkeiten. Er hatte eine seelische Depression ausgelöst, die vielleicht gerade aus der Passivität des Widerstandes hervorging. Der Widerstand war aus der Bevölkerung selbst erwachsen; durch Nachmittels des Staates war er nicht zurückzuführen. Er war von der Regierung unterstützt worden. Beamte, Arbeiter und Regierung hätten zusammengestanden. Was war die Idee? Ich will nicht ex post etwas feststellen, das sich vielleicht nachträglich als Rechtfertigung der Aufgabe darstellen könnte. Als Mitglied des Hauses habe ich immerhin im Auswärtigen Ausschuss darauf hingewiesen, daß die Idee des Widerstandes nur sein könne, durch den Schaden, den er den Einbrüchlingen zufügt, uns dahin zu bringen, daß diese einsehen, daß die produktive Ausnutzung des Ruhrgebietes nicht gelingt, daß sie durch die Schwierigkeit der Lage gezwungen würden, mit uns den Weg der Verhandlungen zu gehen. Diese Verhandlungen sollten die Grundlage bilden

für ein freies Rheinland und für die Wiedererfüllung über das Ruhrgebiet.

Das ist eine Einschränkung gegenüber der mißverständlichen Formel des Reichstanzlers Cuno, dem man in den Mund gelegt hat, er werde nicht verhandeln, ehe das Ruhrgebiet geräumt sei. Er hat wiederholt betont, daß er das nie gesagt hat. Ganz man denn, daß die größte Militärmacht der Welt sich einfach zurückziehen würde aus einem okkupierten Lande, wenn von dem Gegner ein solches Zurückziehen als Voraussetzung für Verhandlungen gemacht wird? Man kann die Frage wohl aufwerfen, ob wir den passiven Widerstand bedingungslos ausgeben dürfen oder ob wir in früherer Zeit durch einen Abbruch des passiven Widerstandes für uns die Möglichkeit gefunden hätten, Bedingungen zu stellen, demals, als der passive Widerstand auf der Höhe war und als die Enttäuschung derjenigen, die in unser Gebiet eingebracht waren, das Maximum erreicht hatte, als Poincaré in Frankreich den schärfsten Angriffen wegen der Ergebnislosigkeit dieser Einbruchspolitik ausgesetzt war. Naturgemäß mußte sich aber ergeben, wozu die Zeit führen mußte, daß die Wirkung des passiven Widerstandes sich abzuwähre. Die moralische Widerstandskraft eines Volkes, das soviel durchgemacht hatte, wie das deutsche, kann schließlich nicht alles auf sich nehmen, und wie im Januar gesagt hätte, daß das deutsche Volk neun Monate lang hindurch derartiges ertragen würde, dem hätte wohl niemand geglaubt, sondern wir alle würden geglaubt haben, daß diese Dinge viel früher ein Ende finden würden.

Wehe demjenigen, der daraus der Bevölkerung einen Vorwurf machen würde, denn sie hat etwas ertragen, das über das Maß und die Grenze dessen geht, das Menschen irgendwie ertragen können.

(Beifälliger Beifall.) Wir liegt jede Bekrönung vollkommen fern. Es haben sich im Zusammenhang mit dem Sieg der moralischen Widerstandskraft auch gewisse Zeichen der Demokratisierung gezeigt, durch weitgehende Inanspruchnahme von Reichsmitteln auch da, wo es nicht berechtigt war. (Zuruf bei den Kommunisten: Stimmes war auch dabei!) Die Situation, die wir vorfinden, war die eines nicht mehr auf der Höhe stehenden Widerstandes. Es war infolgedessen klar, daß infolge der Ermattung, die eingetreten war, mit diesem Widerstand allein Franzosen und Belgier aus dem Einbruchgebiet nicht mehr herauszubringen waren. Je schwächer der Widerstand wurde, desto schwerer wurde es, ihn irgendwie diplomatisch für Deutschland auszunutzen. Weiter kommt das wirtschaftliche und das materielle in Betracht. Wir liegt es durchaus fern, irgendwie in der ganzen Auffassung der Zeit das materielle Moment in den Vordergrund zu stellen. Wenn wir überhaupt den Wideraufstieg Deutschlands wollen, so kann dieser nur aus dem Sittlichen hervorgehen.

Ich erwähne das Verlangen auf finanziellen und materiellem Gebiet, weil es selbstverständlich wie ein Barometer den Einbruchsmächten anzeigt, wie es mit uns stand, denn wir haben heute ein Barometer, das der ganzen Welt zeigt, wie es mit Deutschlands finanzieller Kraft bestellt ist. Es fragt sich, ob wir noch weitere diplomatische Erfolge erringen konnten bei dem fortwährenden Verfall der Währung, den keine technische Maßnahme aufhalten konnte und der immer weitere Fortschritte machte, woraus man sah, daß

Deutschland finanziell am Erliegen

war, womit natürlich die Möglichkeit schwand, mit dem passiven Widerstand etwas zu erreichen. Dazu kam, daß aus dem besetzten Gebiet die Meldungen sich häufen über den Wunsch der Bevölkerung nach dem Abbruch dessen, was sie zu erdulden hatte. Ich will nur das eine sagen, daß ich zwei Tage nach meinem Amtsantritt einer Persönlichkeit wie dem Oberbürgermeister Jares die erste Frage vorgelegt habe: Wie lange glauben Sie, daß die Bevölkerung diese Dinge überhaupt ertragen kann und daß der Widerstand noch fortzuführen ist? Da wurde mir eine kurze Periode genannt, in der der Widerstand sich schließlich selbst auflösen werde. Von diesem Augenblick an mußten Bemühungen eintreten, eine Formel zu finden, die uns die Möglichkeit gab, die Aufgabe des passiven Widerstandes zu politischen Verhandlungen zu benutzen. Diese Aufgabe ist nicht gelöst worden. Ohne Zweifel, ich habe in dieser Beziehung einen Mißerfolg erlitten, glaube aber nicht, daß Menschen oder Parteien daran die Schuld haben. Wir waren bereit, nach Aufgabe des passiven Widerstandes eine Formel der Industrie anzunehmen, die in ganz anderer Weise die Wiederaufnahme der Arbeit regeln wollte als Frankreich verlangte. Wir waren weiter bemüht, die Diskussion über die Grundgedanken des Memorandums vom 7. Juni, wobei ich aber hinausging über die damalige Garantie der Wirtschaft, indem ich die mittelbare Haftung gegenüber dem Staat in eine unmittelbare umwandelte und damit die Grundlage schaffte für eine internationale Antike, wodurch die Möglichkeit gegeben wäre, Frankreich aus dem Ruhrgebiet herauszubringen, also

Lösung für deutsche Freiheit

wenn Sie es so nennen wollen, und dadurch eine Atmosphäre zu schaffen, die es möglich machte, nicht nur die Aufgabe des passiven Widerstandes zu erzielen, sondern auch die Freiheit der Gefangenen, die Kämpfer der Verbrieenen in ihre Heimat und die Wiederaufnahme der ganzen Verhandlungen. Wir haben nach dieser Richtung Vorschläge unterbreitet und Verhandlungen geführt. Diese hoffnungsvoll begonnenen Verhandlungen wurden abgebrochen durch die von dem französischen Ministerpräsidenten gegenüber den anderen Mächten durchgeführte Forderung der bedingungslosen Aufgabe des passiven Widerstandes. Da habe ich nun Formulierungen gehört, wir hätten einen völligen Kurswechsel vorgenommen, wir hätten nicht den moralischen Erfolg der englischen

Note vom August ausgenutzt, ja, ich hieß sogar: Wie kommt Ihr erworben, daß England an Euch ein aktives Interesse nähme, wenn Ihr Euch selbst so schwach zeiget? Diejenigen, die unsere Haltung in dieser Weise kritisierten, sollten die Rede lesen, welche

Lord Curzon

gestern gehalten hat. (Zuruf rechts; ein Gegenruf des Abg. Bedebour enthält das Wort „Blödsinn“, Heiterkeit.) In dieser Rede hat Lord Curzon keineswegs davon gesprochen, welchen Standpunkt die englische Regierung jetzt einnehme, sondern davon, welche Ratsschlüsse die englische Regierung über die Aufgabe des passiven Widerstandes in bezug auf den Abbruch des passiven Widerstandes gegeben hatte, darin war der Gedanke enthalten, daß ein früherer Abbruch des passiven Widerstandes den Reichstanzler Cuno dazu hätte führen können, ihn nicht bedingungslos ausgeben zu müssen. Ich glaube, man darf daraus wohl das eine ableiten, daß es unrichtig ist, anzunehmen, daß wir einseitig einen Kurswechsel vorgenommen hätten. Ich darf auch auf das hinweisen, was ich hier früher wiederholt ausgeführt habe, daß jeder Versuch, unilaterale den einen der Alliierten gegen den anderen auszuspielen, eine politische Dummheit sein würde. (Wiederholte Zwischenrufe des deutschösterreichischen Abg. v. Goebel, der unmittelbar unterhalb der Rednertribüne vor dem Reichstanzler seinen Platz genommen hat; Zurufe aus der Mitte des Hauses, welche den Präsidenten veranlassen, den Abg. v. Goebel zu ersuchen, sich auf seinen Platz zu begeben. Andauernde Anrufe.) Ich wiederhole,

die einzige Möglichkeit der Lösung des Reparationsproblems kann nur bestehen in einer Vereinbarung zwischen den Alliierten einseitig und Deutschland andererseits.

(Zuruf des Abg. Graf v. Westarp (Dnt. Sp.): Da können Sie lange warten!) Wollen Sie, Graf Westarp, etwa mit England allein vereinbaren, glauben Sie, daß die Franzosen dann aus dem Ruhrgebiet herausgehen? Glauben Sie, daß die Herausnahme eines Alliierten die Realität gebe, über die Ansprüche der anderen hinwegzugehen? Sofort würde sich das Zusammenwirken der Alliierten geltend machen. Es muß zugestanden werden, daß kein außenpolitischer Erfolg erreicht worden ist.

Ich verwehere mich dagegen, daß wir den passiven Widerstand ausgeben hätten, weil er uns die Verhandlungen erleichtern würde. Ich habe in einem Gespräch mit den Vertretern der besetzten Gebiete vor jeder Alliierten gewarnt, als ob die Aufgabe des passiven Widerstandes uns eine Erleichterung der Verständigung brächte. Ich habe ausgeführt, ich sei skeptisch, ja stark pessimistisch nach dieser Richtung und glaube, daß wir neuen sehr schweren Bekämpfungen entgegengehen, und daß der Kampf dann gegen diese neuen Bedrückungen vielleicht einen Höhepunkt erreichen würde, wenn wir in die neue Phase eingetreten wären. Ich verwehere mich dagegen, daß wir den Feinden genügt hätten. Wir wissen, was wir dem eigenen Volk mit dem Abbruch des passiven Widerstandes zugemutet haben; in dem Augenblick des Reichspräsidenten ist das zum Ausdruck gebracht worden. Wir haben den passiven Widerstand ausgeben müssen, weil wir meinten, daß wir

stehenden Auges in den Abgrund

in bezug auf die eigenen deutschen Verhältnisse stürzen würden. Man kann heute diese materiellen Dinge nicht als quantité négligable auflösen. Wir haben den passiven Widerstand ausgeben dem deutschen Volke zuliebe, aber nicht dem französischen Volke zuliebe. Was hätten wir denn erreichen können, wenn wir ihn weitergeführt hätten? Hätte er wieder zur deutschen Freiheit geführt? So liegen die Dinge nicht. Früher hat man von der Elastizität des passiven Widerstandes gesprochen. Im besetzten Gebiet sagte man, daß seine Sturheit ihn verbrähe. Es waren neun Monate vergangen, er war keine Waffe mehr, er brachte uns die finanzielle Zerrüttung, den Wertverfall, so daß wir den Tag vor Augen sahen, wo die deutsche Welt aufhörte, im Ausland und Inlande irgendein Zahlungsmittel zu sein. Wenn wir infolge der finanziellen Zerrüttung den Kampf ausgeben mußten, so geschah es in dem Glauben, daß eine Festung kapituliert, weil sie keinen Propanat mehr hat oder die Zuführung von Propanat die Gefahr bringt, daß das ganze Volk nicht mehr ertragen kann. Das ist keine Sache, der man sich als nationaler Mann zu schämen hat. (Beifall.) Wenn die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ sagt, daß ein Reichstanzler, der das getan hat, vor dem Staatsgerichtshof gehöre, so bin ich gern bereit, mich vor jedem Staatsgerichtshof zu verteidigen für das, was ich getan habe. (Beifälliger Beifall.) Wenn von nationaler Gesinnung gesprochen wird, so ist der Mut, die Aufgabe des passiven Widerstandes zu verantworten, vielleicht mehr national als die Phrasen, mit denen dagegen gesprochen wird. (Beifall.) Ich hätte ja als Führer meiner Partei nicht nur die eigene politische Stellung, sondern auch der Partei aufs Spiel gesetzt.

Was fehlt uns denn im deutschen Volk? Der Mut zur Verantwortung!

(Beifälliger Beifall rechts. Zwischenrufe links.) Ich verwehere mich dagegen, daß in dieser Weise, wie es geschehen ist, davon gesprochen wird, als wenn alle diese Gründe, die ich mit Schonung anführte in bezug auf die tatsächlichen Verhältnisse, nicht zuträfen, sondern ich aus Schlappeheit, aus passivistischen Ideen, aus Vertrauen auf diejenigen gebandelt hätte, die seit dem Frieden von Versailles uns noch keinen Beweis gegeben haben, daß wir ihnen irgendwie vertrauen können. (Sehr richtig!)

Es ist unrichtig, noch nachträglich, weil der Kampf verloren ist, nun Kritik zu üben, als wäre es überhaupt von vornherein eine falsche Idee gewesen, die Schuldfrage auszuwerfen, wer uns in diese Situation gebracht hat. Die Idee unterlag der m a g i s t r a t i s c h e n Einstellung der Verhältnisse, aber die Idee selbst leuchtet weiter und hat der Welt gezeigt, daß die Welt belogen haben, die da gefordert haben, daß es im Rheinland einen deutschen Stamm gäbe, der sich freuen würde, zu Frankreich zu kommen. (Beifälliger Beifall), daß die Arbeiter sich mit den Franzosen verbündeten.

Dieser Kurs, mit seinen schwersten seelischen Bedrückungen konnte nur von einer Bevölkerung geführt werden, die in Not und Elend zu ihrem deutschen Vaterlande steht.

(Beifälliger Beifall und Händeklatschen.) In dieser Befundung kann es nichts ändern, wenn Separatisten unter dem Schutz französischer Soldaten irgendwelche Kundgebungen machen. (Sehr wahr!) Was dort geschehen ist in den letzten Tagen, das zeigt gerade, wie wenig selbst diese Zerrüttung des ganzen Lebens und diese seelische Peinigung die Grundeinstellung des Volkes beeinflusst hat. Daran möchte ich an dieser Stelle den Männern der Schulpölyze, die in Düsseldorf ihre Pflicht gegenüber unerhörten Gewalttäten getan haben. (Beifälliger Beifall.) Nach dieser Richtung wird auch der abgebrochene Kampf, der ausgegebene passive Widerstand nichts ändern, daß wir den Beweis vor der Welt liefern, daß wir denen danken, die alles dies erduldet haben. Das ist die Pflicht des Dankes, in der alle Parteien und das ganze Volk einig sein müssen. (Beifall.) Gestatten Sie mir, im Zusammenhang mit dieser Frage des passiven Widerstandes und seiner Aufgabe, einen Blick auf die Verhältnisse der Außenpolitik zu werfen.

Wie haben noch keine Antwort erhalten auf unser Memorandum vom 7. Juni (Hört! hört! rechts), ja nicht einmal von England.

(Hört! hört! rechts.) Eine Einigung über die Grundzüge für die Beantwortung ist nicht erreicht, wie auch manchmal unter Fraktionen eine Einigung über Grundzüge nicht zu erreichen ist. (Heiterkeit.) Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß selbst die starke Einstellung Deutschlands auf Gedanken, die in England verstanden wurden, daß selbst die bedingungslose Hingabe an die Entscheidung eines internationalen Schiedsgerichts das äußerste, was man von einem Volk an Selbstopferung und Aufgabe der Souveränität verlangen kann, uns nicht dahin gebracht hat, irgendwie zu einer gemeinschaftlichen Basis der Verhandlungen mit den Alliierten zu kommen.

Die Behandlung, die Deutschland seit dem Friedensvertrag von Versailles erfahren hat, dauert in ähnlicher Form fort. Wir waren bereit, Verhandlungen aufzunehmen, wie das Leben im besetzten Gebiet wiederhergestellt werden sollte, Verhandlungen aufzunehmen über Reparationen, und ich darf wohl sagen, unsere Angebote sind

das Weltgehendste, was wohl jemals ein Volk angeboten hat (hört, hört!), sie gehen wohl hinaus über den Friedensvertrag. Sie haben den ganz großen Gedanken aufgegriffen, auch das Vermögen der Privatwirtschaft nutzbar zu machen, um herauszukommen aus der wirtschaftlichen Irrendigkeit. Trotzdem sind auch diese weitgehenden Angebote nicht irgendwie über die Grundlage gewesen für weitere Verhandlungen. Es gibt kein beachtenderes Dokument als die Denkschrift der Reichsregierung über die Behandlung der deutschen Angebote. Diese Denkschrift ist ein Stück Weltgeschichte. (Sehr wahr!) Wir haben auch Vorschläge anderer Mächte behandelt.

Man hat sich in Frankreichs Presse Tag für Tag darüber ausgehalten, Deutschland habe seine Details für diese Vorschläge gegeben. Besprechungen, die sich auf Details bezogen, fanden ihr Ende mit der Erklärung, daß man darüber erst nach Aufgabe des passiven Widerstandes sprechen könnte. Frankreich weiß ganz genau, daß es jederzeit in der Lage wäre, von uns die Details zu erhalten, wenn es selbst bereit dazu wäre. (Sehr gut!) Wir haben aber nicht ausgegeben die Forderung der Wiedererfüllung über das Ruhrgebiet, wir werden niemals aufgeben den Kampf um die Menschenrechte der Bevölkerung. (Beifälliger Beifall.) Wir denken gar nicht daran, auch nur das geringste dieser Grundzüge aufzugeben. (Bravo!)

Der passive Widerstand war eine innerdeutsche Angelegenheit. Wenn es sich um die Endentscheidung handelt, dann mögen Sie (nach rechts) sehen, ob wir dann hier etwas ausgeben werden. Unsere Anfrage über die Wiederherstellung geordneter Zustände im besetzten Gebiet ist bisher nicht beantwortet worden. Wir werden sie wiederholen. Bedenklich sind die Vorgänge in bezug auf die französische Regie, auf die Forderung, die sie bezüglich der Einziehung deutscher Gelder. Eine offizielle französische Auffassung bestreitet, daß die Forderung eines k o r p o r e l l e n E i d e s wirklich der Auffassung der französischen Regierung entspricht. Ich würde es begrüßen, wenn diese offizielle französische Auffassung richtig wäre. Denn eins wollen wir betonen, gleichgültig, ob wir jetzt in der Lage sind denen zu helfen, die bis in die letzten Tage hinein weiter unter Bedrückung und Ausweilungen zu leiden hatten. Unser ist der Boden! Unser ist das Land! Unser ist die Hobeit in diesem Lande! (Stürmischer Beifall.) Das bleibt bestehen und das soll bis in alle Zukunft so bleiben. Sind die Erklärungen richtig, die der französische Ministerpräsident Herr Badin gegeben haben soll, daß er keine Annexionen, keine Beeinträchtigung territorialer Hoheitsrechte will, dann hat er jetzt die beste Gelegenheit, vor der ganzen Welt die Zweifel zum Verschwinden zu bringen, die an seinen Worten gewirkt haben, indem er bei den Verhandlungen über die Lösung des Rhein- und Ruhrkonflikts zeigt, daß es ihm mit seinen Worten ernst ist. Man spricht davon, die deutsche Regierung müsse erst ihren guten Willen zeigen. Dagegen darf ich fragen: Heber das hinaus, was wir angeboten haben zu leisten und zu erfüllen, in dem Memorandum vom 7. Juni und in dem was ich erwähnt habe an Finanzmonopolen und anderem, was soll Deutschland darüber hinaus zu leisten anbieten? Es ist ja das Letzte, was ein Volk zu leisten anbieten kann. Man spricht von dem Fehlen unseres guten Willens. Nach den Ergebnissen der letzten Monate hätte Frankreich einigen Anlaß zu zeigen, daß es nicht die Absicht hat, Gewaltspolitik zu treiben, sondern seinen Verhandlungswillen gegenüber der Welt zum Ausdruck zu bringen. (Beifälliger Beifall.) Unser Wille ist der zur Selbständigkeit.

Aber es gibt eine Grenze der Geduld des deutschen Volkes.

Das haben diejenigen Erregungen bewiesen, deren Zuständen wir gerade auch in dieser Zeit erlebt haben, allerdings in Auswirkung, die wir nicht billigen, sondern verurteilen, die aber niemals geschehen konnten, wenn nicht die Saat dazu gestreut worden wäre durch die Gewaltpolitik, die Deutschland gegenüber in den letzten Jahren geübt worden ist. Die nationale Erregung über den Ausgang des Ruhrkampfes ist nur zu begreiflich. Bedauerlich ist aber die Verweigerung zwischen der Idee der Aufgabe des passiven Widerstandes mit der Aufgabe des Kampfes für Freiheit und Recht. Es ist aber weiter bedauerlich, daß in einer Zeit, die die Zusammenfassung aller Kräfte erfordert, auch divergierende Tendenzen das Reich gefährden. Glaubt man denn wirklich durch derartige Tendenzen, durch das Hereintragen von Ber-führern, durch das Hereintragen von Ideen der Diktatur, glaubt man wirklich durch tatsächliche Aufschübe, wie wir sie erlebt haben, durch tägliche Aufrufe, die man in das Volk hineinschleudert, das schon genug erregt ist, durch das, was es sehen muß, glaubt man dadurch die Zeit zu bändigen, in der wir heute leben?

Niemals dürfen dynastische Fragen, Fragen der Staatsform oder Fragen der Parteien dem Gesamtimpuls fernere stehen als heute, wo sich das Reich in dieser Lage befindet. (Beifall i. d. Mitte und links, Zuruf b. d. Komm.: Oberschieber!) Wir sind durch die Verhältnisse, die sich gezeigt haben, in die Notwendigkeit versetzt worden,

den Ausnahmezustand in schärfster Form

zu verhängen. Daß die Verhängung notwendig war, daß sie nicht etwa irgendein innerparteilicher Versuch der Regierung war, ihre Situation zu verbessern, sondern daß sie ausging von der großen Sorge um die Behinderung von Vorgängen, die uns in den Krieg der Bürger gegen die Bürger hineindrängen, das zeigen die Vorgänge der letzten Tage. (Anrufe b. d. Komm.) Auch die bayrische Regierung hat zur Verhängung des Ausnahmezustandes greifen müssen. (Zuruf b. d. Komm.: Rüssen! Sehr gut! Kapitulation vor Ruhr!) Ich glaube, daß die Bewegungen in Bayern, die oft Marsche nach Berlin angekündigt haben und alle möglichen anderen Dinge, an sich durchaus die Notwendigkeit geben konnten, den Ausnahmezustand zu verhängen, um dieser Dinge Herr zu werden. (Zuruf b. d. Komm.: Um der Arbeiterschaft Herr zu werden! — Präsident E b e hittel, die Unterredungen zu unterlassen. — Abg. Kemmerle (Komm.): Wir wenden uns nur gegen diese Verlogenheit! Er erhält einen Ordnungsruf.) Die Rechtslage über das Nebeneinander der beiden Ausnahmezustände in Bayern und im Reich kann nicht zweifelhaft sein.

Die für das gesamte Reichsgebiet erlassene Verordnung des Reichspräsidenten ist Reichsrecht, welches dem Bundesrecht in jeder Form vorgeht, also auch landesrechtlichen Verordnungen, die auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung ergehen. Solche einseitigen Maßnahmen zu treffen, ist nur ein provisorisches Recht der Länder, es muß nach Sinn und Wortlaut des Art. 48 Absatz 2 einer Verordnung des Reichspräsidenten weichen.

Wir würdigen die Verhältnisse, die die bayrische Regierung veranlaßt haben, sich zu stützen auf eine Verfügung, die aus bayrischem Recht, aus bayrischer Landeshoheit selbst hervorgegangen ist.

(Schluß in der ersten Beilage.)

Beschluß des Parteiaussschusses.

Der Parteiaussschuß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands befand sich am gestrigen Sonnabend in mehrstündiger Sitzung mit der politischen Lage und der in-zwischen erfolgten Neubildung der Regierung. Nach einem Referat des Genossen Dr. H i l f e r d i n g, das ein Bild über die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten Wochen gab und nach einer eingehenden Debatte wurde folgende Entscheidung gegen wenige Stimmen angenommen:

Der Parteiaussschuß würdigt die schwerwiegenden Gründe, die unsere Fraktion bestimmt haben, der Aufrechterhaltung der Koalition zuzustimmen. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf die stets wachsenden Gefahren der politischen und sozialen Reaktion und fordert von allen Parteigenossen in dieser Situation, die Geschlossenheit der Partei zu wahren und die Organisation zu stärken.

Die „Berliner Volkszeitung“ verboten.

Nach einer WTB-Meldung hat der Wehrkreiskommandeur General von Horn folgende Verfügung erlassen: „Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 26. September 1923 verbiete ich hiermit als Inhaber der vollziehenden Gewalt die Herstellung und den Vertrieb folgender Zeitung bzw. periodischen Druckchrift, der „Berliner Volkszeitung“, bis zum 14. Oktober 1923 einschließlich wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Oktober 1923. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft.“

Dieses Verbot ist offenbar erfolgt wegen eines Artikels des Pazifisten Otto Behmann-Ruhhildt über die Vorgänge in Rüstern. Daß dieser Artikel einen formalen Verstoß gegen die Verordnung vom 1. Oktober bildete, die die Veröffentlichung von nichtamtlichen Nachrichten über Unruhen im Reich untersagte, läßt sich kaum bestritten. Daß der Zeitpunkt der Publikation des betreffenden Artikels — von allen militärischen Zensurmaßnahmen abgesehen — besonders glücklich gewählt war, soll hier nicht untersucht werden. Aber nicht das ist das Wesentliche, sondern die Tatsache, daß ein deutsches Blatt unterdrückt wird, weil es über Dinge schreibt, die im gesamten Ausland lang und breit erörtert werden. Das Argument der Gefährdung außenpolitischer Interessen des Reichs ist unter diesen Umständen unhaltbar.

Der Reichsminister Dr. Gehler hat einst in einer Reichstagsdebatte über bedenkliche Vorkommnisse in der Reichswehr die wichtige Bemerkung gebraucht, ihm ginge es wie einem betrogenen Ehegatten: „Die ganze Stadt spricht darüber, nur er weiß nichts davon.“ In einer ähnlich merkwürdigen Lage befindet sich jetzt das deutsche Volk bezüglich der Vorgänge in Rüstern usw.: Die ganze Welt wird ausführlich darüber unterrichtet; nur die Deutschen müssen sich mit den amtlichen Meldungen begnügen. Dadurch wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt — und durch das Verbot der „Volkszeitung“ unweigerlich verstärkt —, daß diese Zensurmaßnahmen viel weniger auf außenpolitische Gründe, als auf innere politische Motive zurückzuführen sind. Welcher Art diese Motive sind, darüber macht sich jeder Leser selbstverständlich seine eigenen Gedanken, die sehr nahelegend sind, und kommt dabei vielfach zu Schlussfolgerungen, die vielleicht übertrieben, vielfach auch gegenüber der Reichswehr als Ganzes ungerecht sind. So wird letzten Endes durch die ganze Zensurverordnung nebst ihrer Anwendung gegen die „Berliner Volkszeitung“ genau das Gegenteil von dem erzielt, was ihren Schöpfern vorzuschwebte.

Wir erheben daher entschiedenen Protest gegen das Verbot der „Volkszeitung“, für die allein der Berliner Militärbefehlshaber verantwortlich ist, müssen aber darüber hinaus erneut von der Reichsregierung die Aufhebung der Zensurverordnung vom 1. Oktober verlangen. Ueberhaupt müssen wir nachdrücklich die Auffassung vertreten, daß ein Belagerungszustand, der gegen Herrn v. Kahr gedacht, praktisch aber nicht — oder wenigstens nicht gegen ihn — angewandt wurde, sondern vielmehr zu solchen Konsequenzen führt, wie dem Verbot der „Berliner Volkszeitung“, nicht lange zu halten ist. Es sei denn, daß die bürgerlichen Mitglieder der zweiten Reichsregierung Stresemann sich dazu entschließen, entsprechend dem Verlangen der sozialdemokratischen Mitglieder in der ersten, gegen die bayerischen Rechts- und Verfassungsbrüche endlich Ernst zu machen. . . .

Linkscoalition in Sachsen.

Die Ministerfrage.

Dresden, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabendvormittag wurden die Verhandlungen zwischen der Sozialdemokratie und den Kommunisten über die Regierungsbildung fortgesetzt. Es wurde eine Kommission zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Regierungsprogramms gebildet. Dieses 1 Uhr wurde die Sitzung auf Montag verlagert. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Kommunisten in die sächsische Regierung eintreten. Die Lösung der Personalfrage wird voraussichtlich noch im Laufe des Montag erfolgen. Das umgebildete Kabinett hofft man jedenfalls bestimmt am Montag fertig zu haben, so daß es sich in der Eröffnungssitzung des Landtags am Dienstag vorstellen kann. Die „Dresdener Volkszeitung“ begrüßt diese Entscheidung aufs wärmste und wünscht, daß der Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung der erste Schritt zur endgültigen Vereinigung der beiden proletarischen Parteien in Deutschland sein möge.

In Anlehnung an den Beschluß der KPD-Zentrale veröffentlichten Bezirksleitung und Landtagsfraktion der KPD Groß-Itzinger einen Aufruf, in dem unter Zurückstellung aller sonstigen weltvergehenden Forderungen die Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Regierung erklärt wird. Es ist also zu erwarten, daß Thüringen wie Sachsen eine sozialistisch-kommunistische Regierung erhält.

Die Abwicklung der Brotzwangswirtschaft.

Kontrolle der Brotversorgung auch nach dem 15. Oktober.

Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt:

Die Beschlüsse des Reichsrats zu dem Entwurf über die Brotversorgung werden in der Öffentlichkeit zum Teil dahin gedeutet, als ob die Brotversorgung auf Marken über den 15. Oktober hinaus nun doch wieder eingeführt werden solle. Diese Auffassung entspricht nicht den Tatsachen. Nach dem Entwurf der Regierung und den zu ihm gefaßten Beschlüssen des Reichsrates bleibt es dabei, daß die Markenbrotversorgung am 15. Oktober ihr Ende findet. Damit es jedoch nicht zu Störungen in der Brotversorgung der Bevölkerung kommt, gibt der Entwurf, wie er von der Reichsregierung vorgelegt und vom Reichsrat angenommen worden ist, die Möglichkeit, daß die Reichsgetreidestellen in die Kommunalverbände, in denen etwa Schwierigkeiten auftauchen könnten, auf Antrag des Kommunalverbandes Brotgetreide bis zu 150 Gramm Wehl täglich für den Kopf der bisher versorgungsberechtigten Bevölkerung hinaus liefern. Dem Kommunalverband wird die Möglichkeit geboten, den Abfall dieses Getreides und des daraus gemahlene Mehles zu überwachen.

Das kommunistische „Nordwestdeutsche Echo“ in Bremen ist auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik für die Dauer von 5 Tagen bis einschließlich 10. Oktober verboten worden.

Erneuerung des hannoverschen Abstimmungsantrags. Das Direktorium der Deutsch-Hannoverschen Partei hat beschloffen, die Vorbereitungen für die Wiedereinbringung des Abstimmungsantrags unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Kommunistengesetz in Bayern.

München, 6. Oktober. (WTB.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Auf Grund der Verordnung des bayerischen Gesamstaatsministeriums vom 26. September 1923 wird mit sofortiger Wirksamkeit für das rechtsrheinische Bayern vom Generalstaatskommissariat folgendes angeordnet: Wer kommunistische Zeitungen oder Zeitschriften druckt, herstellt, verlegt, jahrelang hält, einschiebt, verkauft, verteilt, ausstellt, anschlägt oder sonst verbreitet, wird, soweit nicht nach den geltenden Strafvorschriften eine schwerere Strafe verwirklicht ist, mit Gefängnis bestraft. Neben dem kann auf Geldstrafe erkannt werden, deren Höhe unbeschränkt ist. Der Versuch ist strafbar. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, die zur Begehung der Tat bestimmt waren, durch die Tat hergestellt oder dabei benutzt wurden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören. Neben einer Gefängnisstrafe von mindestens drei Monaten kann auf die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von ein bis fünf Jahren erkannt werden. Einer weiteren Meldung zufolge beschließt Kahr auch gegen die kommunistische Jugendbewegung vorzugehen.

Diese neue Verordnung ist ebenso wie alle Kahr-Verordnungen rechtsungültig. Denn Kahr übt sein Amt als Diktator Bayerns aus im Widerspruch zur Reichsverfassung. Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist der Ausnahmezustand über das ganze Reich verhängt, und der Wehrkreiskommandeur ist als Inhaber der vollziehenden Gewalt für Bayern erklärt worden. Durch diese Verordnung ist von Rechts wegen die besondere bayerische Ausnahmeverordnung außer Kraft gesetzt. Wenn Kahr trotzdem weiter „diktiert“, so begeht jeder Beamte, der seinen Anordnungen Folge leistet, praktisch eine Gesetzesverletzung, die nach normalem Recht mit schweren Strafen bedroht ist.

Merdingers sind Verfassungsfragen Nachfragen. Und es besteht deshalb die Frage, ob das Reich den Willen und die Kraft hat, die Kahr'sche Gewaltmaßnahme zu brechen. Wir fürchten, daß es schon zu spät ist zu einer entscheidenden Stellungnahme der Reichsregierung gegen die Usurpatorengefühle, die sich in Bayern geltend machen. Aber auch jetzt noch könnte das Reich auf Zustimmung im ganzen Volke rechnen, wenn es die Reichsregierung nicht nur nach außen, sondern auch nach innen zur Geltung zu bringen sucht. Will die Reichsregierung endlich dem Treiben in Bayern ein Ende machen? Wenn sie glaubt, das nicht zu können, wenn sie nicht einmal das ganze deutsche Volk einschließlich der verfassungstreuen Bayern zum Widerstand gegen die tatsächliche Reichsregierung durch die Kahr-Beute aufrufen mag, dann soll sie wenigstens aussprechen was ist: daß Bayern sich freiwillig außerhalb des Reiches gestellt hat, daß infolgedessen Reichsinstitutionen wie Reichswehr und dergleichen in Bayern nichts mehr zu suchen haben. Eine klare Entscheidung ist besser als der Schwerezustand, der lediglich dazu dient, das Gezüge des Reiches zu unterhöheln. Wenn die Reichsregierung nicht die Kraft findet, das auszusprechen, was not tut, dann muß der Reichstag feststellen, welche Rechtsverhältnisse in Deutschland zurzeit gelten.

Kahr, der gute Monarchist.

München, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Herr v. Kahr hat sich mit der Presse noch nie gut gestellt. Schon als Ministerpräsident legte er einigen Wert darauf, möglichst wenig mit der Presse zu tun zu haben, und wenn er jetzt als Diktator von Bayern sich einen eigenen Presseschef bestellt, so hat das ausschließlich politische Gründe. Sein jetziger Verkehr mit der Presse hat infolgedessen seine Eigentümlichkeit, als wohl täglich Pressekonferenzen abgehalten werden, wobei aber die Informationsmöglichkeit auf einen ganz kleinen Kreis von Journalisten beschränkt bleibt. Bei den großen Empfängen hält Herr v. Kahr streng darauf, daß wohl Journalisten aus aller Welt, von denen München noch niemals so viel gesehen hat wie in diesen Tagen, zugezogen werden, daß aber grundsätzlich die Vertreter „marxistischer Blätter“ und die Vertreter der „Frankfurter Zeitung“, der „Vossischen Zeitung“ und des „Berliner Tageblatts“ ausgeschlossen bleiben. So war es auch am Sonnabendmorgen, wo Herr v. Kahr in den Räumen des Generalstaatskommissariats vor etwa 35 Journalisten des In- und Auslandes wiederum programmatische Erklärungen abgab, ohne sich die Herren persönlich vorstellen zu lassen oder sich mit ihnen zu unterhalten.

Kahr legte zunächst die Grundzüge dar, nach denen er die Macht, die in seine Hände gelegt sei, zu handhaben beabsichtigt. „Das höchste, was eine Familie oder sonst ein Gemeinwesen hat, ist die Ehre und die Achtung, die es in der Allgemeinheit genießt. Das gleiche gilt für ein Volk. Nationale Ehre ist das Leben und die Seele des Volkes. Das deutsche Volk ist infolge des langen Krieges und der folgenden schweren Erkrankung nicht in der Lage, seine Ehre so zu verteidigen, wie es das hätte tun sollen. Das muß anders werden. Wir müssen uns die Achtung im Völkerverkehr wieder verschaffen, wir müssen vor allem die Höhe von der Schuld oder von der Alleinschuld am Weltkrieg und von den angeblichen deutschen Kriegsverbrechen mit aller Kraft bekämpfen. So-

weit es in meiner Macht steht, will ich das deutsche Volk dazu aufrufen. Eine weitere Voraussetzung, daß ein Volk geachtet wird, ist die Instandhaltung der Staatsautorität. Diese Staatsautorität und Staatsgewalt, die durch die Revolution ins Wanken geraten ist, wiederherzustellen, aus Parteimeinungen wieder Staatsbürger zu machen, ist eine weitere wichtige Aufgabe, die ich mir gestellt habe. Bayern soll wieder ein starker Staat werden, denn starke Staaten sind die Voraussetzungen eines gesunden Deutschen Reiches. Deshalb wird hier keine Separationspolitik getrieben. Das bayerische Volk in seinem weitaus größten Teil hat keine Freude an der Weimarer Verfassung, die dem ganzen deutschen Volk zum Unglück geworden ist. Wir wünschen wieder eine Verfassung im Bismarckschen Sinne. Zur Frage der Monarchie sage ich nur soviel: Ich bin ein viel zu guter Monarchist, als daß ich wünsche, daß jetzt die Monarchie gemacht wird. Das wäre geradezu eine Dummheit. Ich beabsichtige keine Abenteuerpolitik. Man darf mit dem deutschen Volk nicht viel Experimente machen, der deutsche Marxismus hat schon genug Schaden angerichtet. Ich habe nicht die Absicht, in der bayerischen oder deutschen Geschichte als Räuberhauptmann zu figurieren, und eine falsche Politik für die Monarchie wäre eine Räuberpolitik. Notwendig ist aber eine offene und klare Stellung zum Marxismus, der international ist, der den Staat auflöst und die Herrschaft der Massen anstrebt. Der Marxismus ist nach meiner Anschauung der Tod des Staates; daher bekämpfe ich ihn mit allem Nachdruck. Es handelt sich für mich um zwei Weltanschauungen, die nicht nebeneinander bestehen können. Hier gibt es kein Pattieren. Will der Staat Herr bleiben, dann muß er die Herrschaft der Massen und die Diktatur einer Klasse rückwärts niederzwingen. Das hat mit der Stellungnahme zur Arbeiterschaft nichts zu tun. Jeder Arbeiter ist ein wichtiges Glied im Volksganzen, wenn er sich als solcher fühlt, daß er nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten hat. Der Ausgang dieses Kampfes ist entscheidend für das Schicksal des deutschen Volkes, aber er ist auch von großem Belang für die Geschichte der anderen Völker Europas. Denn auch sie können sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß auch sie ohne ein wirtschaftlich und politisch gesundes Deutschland nicht leben können, ein Deutschland, das die Macht hat, im Innern des Landes Ordnung zu schaffen und seine Grenzen gegen räuberische Überfälle zu schützen. Ich liebe noch alter deutscher germanischer Sitte den offenen und ehrlichen Kampf und ich freue mich, wenn der Gegner es ebenso hält. Hinterlistige Methoden sind mir fremd.“

Erjäh-Beobachter.

München, 6. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Der selbst von Kahr verbundene „Völkische Beobachter“ hat sich bereits seinen Erfolg zurechtgemacht, der auch als solcher in den Zeitungslosens Münchens angepriesen und ausgehrieben wird. Bisher ist „Das Heimatland“, das offizielle Organ des Kampfbundes, nur einmal in der Woche erschienen; nunmehr verkünden große Hülfer-Plakate an allen Mauern und Säulen in München, daß „Das Heimatland“ fünfmal mehrmals in der Woche erscheinen wird. Es wäre interessant, zu erfahren, ob hier nun auch die gleiche Methode von der Regierung angewandt wird wie im Juli dieses Jahres, als beim Verbot der „Münchener Post“ versucht wurde, den Abonnenten als Ersatz das „Bayerische Volksblatt“ zuzustellen. Der Leitartikel des „Erjäh-Beobachters“ ist überschrieben: Feuerbereit! und steht den von Hitler leidenschaftlich geführten Kampf gegen die Bayerische Volkspartei und nunmehr auch gegen Kahr fort. In dem Artikel wird unter anderem behauptet, daß auch mit diesem Diktator in der Praxis nur „unsonderbare Parteigeschäfte“ gemacht werden sollen.

München, 6. Oktober. (Ill.) Die Auseinandersetzungen zwischen den einseitig für Kahr, andererseits für Hitler eintretenden Teilen der vaterländischen Verbände werden immer schärfer. Das Organ des Bundes „Bayern und Reich“ veröffentlicht heute mit der Ueberschrift: „Maske herunter“ einen ungemein scharfen Angriff gegen Hitler, dem antinationalen und demagogischen Verhalten und freies Spiel vorgeworfen wird, und von dem gesagt wird, daß Gestalten mit semitischem Gezüge (!) sich in seinem Stabe befinden. Jeder einzelne vaterländische Mann in Bayern müsse sich darüber klar werden, ob er zu Hitler oder zu Kahr gehöre. Dann könne es auch nicht zu dem Bruderkampf unter den Vaterländischen kommen, für den das Organ des Kampfbundes Herrn v. Kahr verantwortlich machen möchte.

München, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Gegensatz zu den Meldungen über gewisse Unstimmigkeiten zwischen der bayerischen Regierung und dem Generalstaatskommissariat erklärte Ministerpräsident Aniling dem Münchener Vertreter der „Chicago-Tribune“: „De jure könnte (!) meine Regierung Herrn v. Kahr jederzeit seines Amtes entkleiden und das Amt selbst aufheben. Im übrigen aber besteht, abgesehen vom ersten Tage, ständige Fühlungnahme zwischen dem Staatskommissariat und der Regierung. Die einzelnen Erlasse gehen auf Grund dieser Fühlungnahme zurück. Jedes Ministerium hat seinen Referenten beim Generalstaatskommissariat, und es herrscht völlige Einmütigkeit zwischen diesem und der Regierung.“

Englische Arbeiterforderungen.

An die Ruhrpolitik der Regierung.

London, 6. Oktober. (WTB.) In einem Kommuniqué, das nach einer Sitzung des gemeinsamen Ausschusses des Generalrates des Gewerkschaftsverbandes und des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei ausgegeben wurde, wird der Beschluß der britischen Regierung, die nächsten Vorschläge der französischen Regierung abzuwarten, bevor aktive Schritte getan werden, sehr bedauert und als Ansicht der britischen Arbeiterschaft erklärt. Die britische Regierung müsse

unverzüglich ein klares Programm ihrer kontinentalen Politik formulieren und öffentlich erklären, daß nach ihrer Ansicht die Aufgabe des passiven Widerstandes durch die deutsche Regierung eine sofortige Anerkennung verdienen in Gestalt einer prompten Wiederherstellung des zivilen und wirtschaftlichen Lebens des Ruhrgebietes unter der Verwaltung des deutschen Staates, einer Heimkehrerlaubnis für die Gefangenen und Verbannten, einer Wiedereinführung der abgesetzten Beamten, einer Wiederherstellung der Verbindung zwischen Ost- und Westdeutschland und eines Aufhörens der Beschlagnahme von Waren wie der Verhaftung von Personen durch die Gefängnisbehörden. Weiter müsse die britische Regierung auch eine

Erklärung gegen offene oder verschleierte Annexion deutschen Gebietes

abgeben und die französische Forderung, daß deutsche Eisenbahnen

und Postbeamten der Regie den Treueid schwören, nicht nur als entgegen dem Versailler Vertrag, sondern auch als Verletzung des Völkerrechts verurteilen. Ferner müßten

ohne Verzug Verhandlungen

zwischen den Alliierten und Deutschland stattfinden, dessen Recht, an solchen Verhandlungen teilzunehmen, nicht länger angefochten werden könne. Die britische Regierung müsse endlich erklären, daß sie niemals irgendwelchen Änderungen der Versailler Bedingungen zustimmen werde, des Inhalts, daß die Verwaltung und Kontrolle des Ruhrgebietes und Rheinlandes nicht dem deutschen Volk gehöre, außerdem einen

dringenden Appell an die Vereinigten Staaten

richten, die ihnen zukommende Rolle bei der Sicherung des Friedens und des finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Welt zu übernehmen sowie Schritte zur Einberufung einer sofortigen Konferenz zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen in Verrocht kommenden Mächten tun, damit man zu einer Vereinbarung über die internationalen Schulden komme. Das Kommuniqué schließt: Wenn sich die französische Regierung weigern sollte, sich Großbritannien in der Frage sofortiger Verhandlungen mit Deutschland anzuschließen und

Poincarés Politik fortwährender Verletzung des Versailler Vertrages von neuem zu erwägen, müsse die britische Regierung eine Konferenz der Versailler Signatäre (Unterzeichner) einberufen, um sich mit der neuen Lage zu befassen.

Stresemanns Rede im Reichstag.

(Schluß des Berichts aus dem Hauptblatt.)

Aus diesem Grunde haben wir unsererseits davon abgesehen, die Aufhebung der bayerischen Verfügung zu fordern. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Wir hoffen, daß das Nebeneinander der beiden Verfügungen möglich ist. (Zuruf links: Sehr klug!) Und das es möglich ist, bei der Gelegenheit das Recht des Reiches zu schützen. (Zuruf bei den Kommunisten: Kapitulation vor Bayern!) Es ist interessant, daß das Wort Kapitulation bald von der einen, bald von der anderen Seite kommt. Wir leben in einer Zeit, in der die verschiedenen Länder des Reiches eine ganz verschiedene wirtschaftliche, soziale und politische Struktur aufweisen. Das ist nicht nur in bezug auf Bayern der Fall, sondern auch bei anderen Ländern. Ich würde es für alle falsche Staatskunst halten, hier das Reich auszuspielen gegen Bayern, mit dem wir lernen, wie man arbeiten muß. Nur dann wird das Reich sich nähern können auf die Kräfte der Länder. (Beifall bei der Mehrheit. Zuruf bei den Kommunisten: Verbeugung vor den Faschisten!) Es gibt ja auch Länder, in denen Sie (zu den Kommunisten) mit Ihrer Partei eine Rolle spielen. In diesen Ländern haben Sie sich über falsche Behandlung Ihrer Partei auch nicht beklagen dürfen. (Lärm bei den Kommunisten. Präsident Löbe bittet nochmals die Zwischenrufer, ihre Einwände für ihre eigenen Reden zurückzuhalten, die dauernden Zwischenrufe machten es dem Reichstanzler unmöglich, sich verständlich zu machen. Der Präsident droht, diese Ruhe in Zukunft als ordnungswidrig zu rügen.)

Was nicht gebildet werden kann, ist die Zügellosigkeit, mit der man in Bayern Institutionen angreift, die herausbleiben müssen aus dem politischen Kampf.

(Lebhafte Zustimmung.) Ich meine nicht die Reichsregierung als solche. Ich selbst nehme die Dinge nicht so schwer. Aber ich erinnere an den Reichspräsidenten. Er ist die Verkörperung der obersten Spitze. Wer würdigt, einmal dort Persönlichkeiten zu sehen, die ihm selbst näher stehen, der sollte leben, daß die Institution als solche auf der Höhe sei. (Erneute Zustimmung.) Ich wende mich auch gegen die Kritik des "Völkischen Beobachters" gegenüber dem General v. Seeckt. Was würde man in der alten Armee dazu gesagt haben, wenn so das Vertrauen zum Offizier erschüttert worden wäre. Es ist das eine unverantwortliche Sache, die jeder anständige Mensch verurteilen muß. (Sehr richtig!) Gegenüber so manchen Zerlegungsercheinungen, die sich in Bayern zeigen, sollten wir uns ein Beispiel nehmen an der Art, wie im besetzten Gebiet der Gedanke der nationalen Einheit sich gezeigt hat, einmal in der Rundschau in Aöln und dann in der stillen Abwehr in Düsseldorf. Ich bedaure, daß der Kampf gegen den Staat geführt wird, weil man die Parteien nicht mag. Welche Partei regiert und welche Regierung, das ist in der Geschichte Episode. Aber das Deutsche Reich und der deutsche Staat bleibt, das wird Epoche sein. (Lebhafte stürmische Zustimmung.) Wenn verbrecherische Naturen glauben, durch Aufreizung und Gewalt gegen den Staat antworten zu dürfen, so lehne ich es ab, in diesem Treiben etwa einen nationalen Gedanken zu sehen. Wir haben genug gelitten vom Feind, wir wollen nicht selbst das Grab noch weitergraben. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man auch die Verhältnisse betrachten, die sich in Aöln in gezeigt haben, und die das Einschreiten der Reichswehr erforderlich machten.

Ich habe keine Veranlassung, der Reichswehr besonderen Dank zu sagen. Sie hat einfach ihre Pflicht getan.

Feststellen will ich aber, daß sie mit ihrer Haltung die zum Schweigen gebracht hat, die das Vertrauen zur Reichswehr erschüttern wollten. Ich möchte wünschen, daß wir alle die Reichswehr, die ein Instrument des Staates ist, herauslassen aus dem politischen Kampf, wie wir auch erwarten, daß die Reichswehr sich selbst heraushält aus ihm. (Sehr richtig!) Wir brauchen ein Vertrauensverhältnis der Reichswehr zu allen Parteien. (Lärmende Unterbrechungen bei den Kommunisten.) Sie (zu den Kommunisten) haben kein Recht über Instrumente des Staates zu rechten, da sie ja selbst sich nicht auf den Boden des Staates stellen.

(Erneute Unterbrechungen bei den Kommunisten.) Die Aufrechter in Aöln werden die Schärfe des Gesetzes fühlen. Das Ausnahmegericht ist eingesetzt. Seine Einsetzung sowie die Art der Niederwerfung des Widerstandes entspricht dem Belagerungszustand. Ihren Worten wird die Regierung auch Taten folgen lassen. (Zurufe bei den Kommunisten.)

Heber unsere finanziellen Verhältnisse brauche ich Ihnen keine ausführliche Darlegung zu geben. In einem riesigen Maße blieben die Reichseinnahmen hinter den Reichsausgaben zurück, namentlich infolge der auch noch für die Uebergangszeit fortzuführenden Unterstützungen im besetzten Gebiet. Es waren tief eingreifende Maßnahmen auf dem Gebiet der Besteuerung notwendig. Ich habe volles Verständnis dafür, wenn die Ministerpräsidenten der Länder zum Ausdruck bringen, wie schwer einzelne Steuern ihre Landesgenossen treffen. Diese Härten der Steuern sind aber nicht auf einzelne Länder beschränkt. Dann möchte ich Sie bitten, sich auch einmal in die Seele eines Finanzministers hineinzuersehen, der weiß, daß überhaupt nur ein sehr geringer Bruchteil der Ausgaben durch Steuern aufgebracht wird und dem man zumute, leichten Herzens auf Steuern zu verzichten. Wir haben durch einen Erlass vom 29. September ausdrücklich die Berücksichtigung leistungsschwacher Steuerzahler empfohlen. Ob wir darüber hinaus zu Erleichterungen und zur Aufhebung von Steuern kommen werden, wird sich zeigen, wenn wir uns klar darüber sind, ob wir dem Währungsanstieg mit Erfolg entgegenzutreten können durch Maßnahmen, auf die ich im einzelnen nicht eingehen, die auf Schaffung eines wertbeständigen Geldes abzielen als Mittel gegen die Inflation. Damit komme ich auf

das Verhältnis von Ländern und Reich.

Die Reichsregierung billigt ihrerseits den Vorschlag des früheren Reichsfinanzministers, wonach die einzelnen Länder finanziell wieder selbständiger gestellt werden sollen. Jetzt hat das Reich nicht nur für seine eigenen Ausgaben aufzukommen, sondern auch für die Ausgaben eines großen Teils der Länder und Kommunen, ohne daß es Kontrollmaßnahmen wirksamer Art hat darüber, wie eigentlich diese Mittel verwendet werden. Nach Auffassung des Kabinetts kann wirkliche Abhilfe nur geschaffen werden durch eine grundlegende Veränderung des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Kommunen. Das setzt voraus, daß die Länder wieder die volle Verantwortung für die eigenen Ausgaben übernehmen. Dazu müssen sie aber auch über eigene Einnahmen verfügen, und demnach müssen ihnen Einnahmeposten erschlossen werden, die sie in den Stand setzen, ihre Ausgaben zu erfüllen. Dann wird das Reich sich wieder auf seine eigenen Aufgaben beschränken können. Bis zur Durchführung einer grundlegenden Reform wird ein Ausweg in der Weise gefunden werden müssen, daß die Länder wie das Reich durch Kontingentierung der zu verwendenden Mittel sich zur äußersten Sparsamkeit zwingen, daß kein Geleg mehr verabschiedet wird, das neue Lasten bringt, keine neuen Behörden und Beamten eingesetzt werden. Dazu gehört auch der

Abbau der alten Gelege und der jetzigen Vermehrung.

Das ist die einmütige Auffassung des Kabinetts, und ich glaube doch, daß selbst wenn man in einer eigenen gewissen Verallgemeinerung von liebgewordenen Begriffen von einer Berliner Regierung nur in Gänzfüssen spricht, und wenn man auch dieser Regierung nicht gerade ein hundertprozentiges Vertrauen entgegenbringt, doch soviel und objektiv anerkennen kann, daß sich noch niemals eine Regierung in bezug auf die Regelung dieser Dinge auf den Standpunkt gestellt hat, eine verlorene Ausgabe selbständigkeit wieder aufzubauen, die wir gewillt sind, den Ländern zu geben.

Das wichtigste Moment in psychologischer Hinsicht ist: es geht nicht an, daß jemand Ausgaben machen kann, ohne daß er selbst kontrolliert, wieweit seine Verantwortlichkeit geht. Das muß zur Veranschaulichung führen, zur Auspowerung des Reichs. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinschaftlich gehen. Wir können auf diesem Wege auch der Unklarung entgegenzutreten, als wenn es Würmer gebe, die an den Pfeilern des Reichs nagen. (Zurufe bei den Kom-

munisten. Abg. v. Graefe (dt.-örtl.) ruft: Mit Würmern kann man nicht kapitulieren!) Reiner Auffassung nach gibt es keine Möglichkeit, den Währungsanstieg nur mit technischen Mitteln entgegenzutreten und ihn aufzuhalten, man kann sie anwenden, wir haben sie auch angewendet bis zu dem Maße, daß unsere Goldreserve auf ein Minimum herabgesunken ist. Das Entscheidende ist, daß man das Risiko raun besetztigt in eine Währung, die nicht mehr zu halten ist nach außen als Zahlungsmittel und nach innen ihre Kaufkraft mindestens vermindert hat. Wie müssen ein neues Geld schaffen. Das Wichtigste aber ist der Versuch, der

Gründung der Weisheit selber

Wenn es sich darum handelt, die Weisheit des Besitzes durchzuführen, so werden Sie (zu den Kommunisten) keine Veranlassung haben, mich als einen Deutler von dieser Idee hinzustellen. Die ganzen Vorschläge, die ich für die unmittelbare Herabgabe des Besitzes an das Reich gemacht habe, sind wohl das weitgehendste, was jemals dem Besitz als solchem zugemutet worden ist. Wir wollen also doch endlich damit aufhören, es so hinzustellen, als ob Sie allein die Träger solcher Gedanken wären. (Große Unruhe und andauernde Zurufe bei den Kommunisten.)

Wir brauchen dazu auch einen Eingriff in die Preisbildung, die uns in Form angenommen hat, die wir nicht mehr ertragen können. (Allgemeine stürmische Zustimmung.) Wir brauchen Mittel gegen eine Monopolpreisbildung über den Weltmarktpreis hinaus; es geht nicht an, durch Konventionen und Syndikate den Wettbewerb aus dem Wirtschaftsleben so auszuschalten, wie er jetzt ausgehalten ist. (Erneute allseitige Zustimmung.)

Wenn an die Stelle der Aufgabe, die sich in früheren Zeiten die Wirtschaft stellte, durch technischen Fortschritt, durch höchste Qualität im Wettbewerb hinzuzutreten, die neue Aufgabe tritt, in Konventionen, in Syndikaten neue Preise festzusetzen, dann hört auf, was einstmal die Initiative und der Träger der deutschen Wirtschaft war. Mit einer solchen Preispolitik von Konventionen und Syndikaten hätten wir nie den Weltmarkt erobert; und um so weniger ist ein solche Preispolitik in einer Zeit zu ertragen, wo wir vor einer Arbeitslosigkeit leben, die wir in ihrer Begrenzung noch gar nicht übersehen können, in einer Zeit, wo wir infolge der gesamten außen- und innenpolitischen Lage auch an die gesamte Arbeiterschaft und Bevölkerung mit der Forderung der Abschaffung der Monopolpreise herantreten müssen, Forderungen, die hoffentlich in freier Vereinbarung erledigt werden, oder erst, auf dem Wege der Verordnung, die notwendig ist, wenn wir nicht lebendes Vieh die Berechtigung des deutschen Volkes zum Prinzip erheben wollen. (Große Unruhe bei den Kommunisten; ertönte Zurufe: Arbeitslosigkeit! Kurzarbeit!)

Darum brauchen wir Eingriffe in die Preispolitik, damit nicht der geforderten Abschaffung die Ausbeutung durch unberechtigte Preise entgegensteht.

Auf dieses Zusammenwirken sollen sich die Bestimmungen beziehen, wegen deren wir von Ihnen eine Grunddringlichkeit verlangen. Kaum jemals hat ein Kabinett die Führung der deutschen Politik in schwererer Zeit und in schwererer Not übernommen. Wir haben vor der Frage gestanden, ob es richtiger wäre, sofort mit Maßnahmen und Verordnungen zuzupacken, oder aber die Einzelheiten auszuarbeiten, die uns davor bewahren, daß diese Verordnungen über das berechnete Maß hinausgehen. Es werden heute vielfach von uns Entschärfungen gefordert in Tagen, wo man früher Monate dafür Zeit hätte. Wir haben hier eine ganze Reihe von Maßnahmen in Aussicht genommen; das geht nicht mit dem parlamentarischen Apparat, wie er aufgezogen ist. (Lebhafte Hört, hört!) Herr von Graefe, Sie haben so oft nach dem Diktator gerufen, daß Sie nicht berechtigt sind, hier hört, hört zu rufen. (Große Heiterkeit, fortdauernde Unruhe.)

Dieses Ermächtigungsgesetz müssen Sie uns geben!

(Zuruf bei den Kommunisten: Unter der Herrschaft des Belagerungszustandes!) Das der Belagerungszustand da ist, liegt an Ihnen!

Tante Frieda.

Von Hans Bauer.

Tanten stehen gemeinhin in dem Geruch, sehr mimosenhafte Geschöpfe zu sein.

Tante Frieda weicht von dem Bihblätter-Typ der Tanten kaum ab. Als sie vorige Woche dem Ofenheker bestellt hatte und diesem einmal etwas nicht klappte und er obs Jörn darüber einen materisch schönen Fluch hinlegte, beehrte sie ihn pikiert, daß solch harte Worte sonst in ihrem Haushalt nicht fielen.

Besonders entrüstet ist Tante Frieda immer, wenn sie erwöhnt, der Student nebenan habe wieder einmal seine Freundin mitgebracht. Wie man nur könne und wohin das führen solle und wohin man läme, wenn alle Jucht und Sittlichkeit aus der Welt verschwinde!

Tante Frieda ist auch empfindsam gegen körperliches Ungeheuer. Neulich hatte sie sich in den Finger geschnitten. Da umwickelte sie erkens die wunde Stelle mit narren Kräuteln von Verbandszeug, damit ja kein Blut, das sie nicht sehen kann, durchsickere, und zum andern erzählte sie es jedermann ausführlich, was ihr geschehen sei und wie schrecklich das doch wäre.

Tante Frieda ist auch fromm. Sie fürchtet Gott und hat christliche Hauslegen an ihren Zimmerwänden hängen, die nicht gerade Geistreichheiten verkünden, aber doch in schlichter Jungfräulicheit Friede, Eintracht und Güte preisen. Auch ich noch sagen, daß Tante Frieda nicht duldet, daß in ihrem Hause sich Kinder balgen, daß sie ihre kleinen Neffen geschüßigt hat, als diese einmal bei ihr zu Besuch waren und bei dieser Gelegenheit Feuerwerkskörper auf der Straße abgebrannt hatten? In Aöln ich noch sagen, daß Tante Frieda sich entsetzt, wenn Müllers Hannchen in durchdrungenen Strümpfen spazieren geht?

Aber: eben diese Tante Frieda hat auch noch eine andere Seele. Eine Gegengewichts-Seele. Eine Stahl- und Eisen-Seele.

Tante Frieda hat es mir neulich offenbart, daß wir 1918 bis zum letzten Mann hätten kämpfen müssen, „bis der Rhein mit Franzosen-Weichen angefüllt gewesen wäre“. Tante Frieda hat mir auch versichert, daß eine „nicht vaterländische Regierung wie die unsere“ keinen Gehorham verlangen könne. Tante Frieda ist ferner sehr unzufrieden mit der Einstellung des passiven Widerstandes. Sie hätte es vielmehr gern gesehen, wenn er zum aktiven gesteigert worden wäre.

Tante Frieda: die liebe blutrünstige Spießhutin. Tante Frieda, das Ueberbleibsel aus dem Mittelalter, wo man der Menge die Kerzen zutraute, öffentlich der Erhängung einer Jungfrau beizuwohnen, aber bestimmt nicht vergaß, dieser vorher die Köpfe fest zubinden, damit eben jene Menge nicht etwa etwas Unlächliches sehe.

Tante Frieda liebt die „Bartenslaube“ und das „Daheim“. Deren Anwesenheitsgeheiß auf der einen und ihre glück-

reichen Bosheiten gegen alles fortschrittlich Politische auf der anderen Seite sind so recht nach ihrem Geschma.

Kreuzung aus Bassifisch und Schlächterhund, aus Courthorabier und Lubendorff, so läuft Tante Frieda durch ihr treudeutsches Dasein.

Emig Anstoß nehmend und gerührt — und ewig zerfressen an der Seele und von keinem Ideensturm berührbar, Sinnbild aller phrasenreichen Gefinnungslosigkeit, sollte die Photographie der Tante Frieda über keinem teutonischen Schreibisch fehlen.

Neue Erinnerungen an Gustav Mahler.

Gustav Mahler, der große Komponist und unvergeßliche Dirigent, tritt uns in dem fortwährenden Feuer seines genialen Temperaments und in dem Reiz seiner eigenartigen Persönlichkeit aus den „Erinnerungen“ entgegen, die soeben aus dem Nachlaß einer seiner intimsten Freundinnen, Natalie Bauer-Lechner, bei G. P. Tal u. Co. in Wien veröffentlicht werden. Wir verfolgen hier den Aufstieg des armen Musikers bis zum weltberühmten Leiter der Wiener Oper, das Wachen des Komponisten in ungeheuren Ringen zur Beherrschung vorher nie geahnter Mittel. Aber auch rein menschlich tritt uns dieses Genie nahe in seiner nervösen Reizbarkeit, die soviel Absonderliches mit sich brachte und doch mit der Zauberkraft, die von ihm ausging, eng zusammenhängt.

„Seine Wechselhaftigkeit und Sprunghaftigkeit“, erzählt die Freundin, „ist so groß, daß er nicht eine Stunde lang der Gleiche bleibt und alles außer und um ihn, besonders aber die nächsten, seinem verändernden Blick immer anders erscheinen. Seine Begehrlichkeit und Zerstreutheit — aus Versunkenheit und Abgelenktheit nach innen — ist groß und war früher noch viel größer, so daß ihm die selbstsamsten Dinge passierten. Sein Konversationskollege Winkler erzählte mir, Mahler sei nach einer Probe seiner Klavier-Biolinsonate aus dem Musikverein — es war im Winter — so verliert in Gedanken weggearannt, daß er Mantel, Stod und Hut vergaß; ja auf der Ringstraße verlor er selbst die Hälfte der Noten, die zum Glück die ihm folgenden Kollegen fanden und nebst den Kleidungsstücken ihm nachtrugen.“ Daß ein so ganz mit seinen inneren Beschäftigungen beschäftigter Künstler in seinem Weisheitern viel zu wünschen übrig ließ, ist begreiflich. „Wenn er morgens das Haus unfantastisch verläßt, hat er oft noch am Mittag die weißen Spuren des Johnpulvers oder der Seife vom Koffieren auf Mund und Wangen. Nicht besser ist natürlich die Ordnung, welche er um sich, in seinem Zimmer, hält. Wenn er es in der Früh verläßt, steht es aus, als hätte der Feind dort gehaust: das Bett in der zerstörtesten Verfassung, Polster und Decke auf der Erde, das Leintuch zusammengeballt in irgendeiner Ecke; Kamm, Bürste, Handtuch und Seife im Zimmer oder auf dem Bett herumgestreut, Kuvertis oder Papierschmüßel im Waldbecken, das Nachthemd und abgelegte Wäsche an allen Ecken und Enden des Zimmers auf dem Boden.“

Sehr charakteristisch für Mahler war sein Gang, um dessen willen ihn die Kinder auslachten. „Die Unschuld guckt und zuckt aus jedem seiner Schritte, indem er wie ein Köffel oder auch wie ein Blindler, der den Weg nicht sieht, die Beine hebt und mit dem Fuß stampfend, den Boden berührt. Ist er mit einem im lebhaften Gespräch, so legt er ihn an der Hand oder am Kniegelenk und zwingt

ihn alle Augenblicke, stehen zu bleiben, während er, je mehr er sich im Reden ertreibt, wie ein Ober mit den Füßen den Boden schlägt. Höchst sonderbar ist es, daß Mahler — bei seinem Rhythmus! — nicht zwei Schritte gleichmäßig geht, sondern fortwährend das Tempo wechselt, zur gänzlichen Unmöglichkeit für jeden, der mit ihm geht, gleichen Schritt zu halten.“

Der kleine, schwächliche und scheinbar so zarte Meister besaß eine außerordentliche Kraft und Elastizität, so daß er in stundenlangen Proben seine sämtlichen Muskeln bis zur Erschöpfung „auspumpie“ und geradezu übermenschliche Proben von Energie ablegte. In Leibesübungen war er gewandt und ausdauernd. „Wie er imstande ist, die mächtigsten Klaviere kurz und klein zu schlagen“, schreibt die Verfasserin, „das macht ihm kein Riese nach. Kaum möglich ist es, nach Mahlers Gesicht zu erraten, wie alt er sei, da es bald jugendlich wie das eines Jünglings, bald weit über seine Jahre hinaus gefurcht und gealtert erscheint. Ebenso kann innerhalb einiger Tage, ja oft weniger Stunden sein Aussehen vom besten zum schlechtesten, vom vollsten zum höchsten Maß verwandelt, was mit dem fortwährenden und rapiden Wechsel seines ganzen seelischen und leiblichen Menschen, vor allem jedoch mit jenem ewig andauernden, immer aber mit gleicher genialer Intensität und größter Unmittelbarkeit ihn erfüllenden Inhalt seiner Person und seines ganzen Seins zusammenhängt. . .“

Zerstörung von Eisbergen.

Die Vereinigten Staaten haben eine Patrouille von vier Schiffen eingerichtet, um die Schiffe des Atlantischen Ozeans vor herannahenden Eisbergen zu warnen, die ihnen das Schicksal der „Titanic“ bereiten könnten. In mehreren Fällen ist es diesem Küstenwache sogar gelungen, die Eisberge durch Sprengminen ungefährlich zu machen.

Man näherte sich dem Eisberg vorsichtig auf dem Boot und brachte dann mit einem Klotz zwei starkgeladene verteilte Minen unter eine hervorragende Kante des Eisberges. Dann ruberte man schräg rüdwärts und setzte durch elektrische Zündung die Minen in Tätigkeit. Natürlich gab es stets ein mächtiges Krachen und Umherprallen von Eisstücken, aber in den meisten Fällen konnte man durch eine Sprengung immer nur eine Verkleinerung des Eisberges erreichen. Es bedurfte eines mehrmaligen Angriffs, und meist waren dazu mehrere Tage notwendig, um den Eisberg so zu zertrümmern, daß keine Reste für herantommende Fahrzeuge nicht mehr gefährlich waren.

Wenn eine Mine gesprengt wurde, sagt ein Teilnehmer des Küstenwachdienstes, gab es ein Schauspiel, das kaum zu beschreiben ist. Eine Wasserfäule spritzte bis zu dem Gipfel des Eisberges. Tausende von Tennen Eis wurden abgeprengt und stürzten mit mächtigem Getöse in die See. Die Gewichtabnahme des Berges war so stark, daß das Reststück des Berges riefenhaft in die Höhe stieg, so daß ein Unkundiger hätte denken müssen, der Berg wüchse eher als daß er kleiner würde. Im Augenblick, als er seine größte Höhe erreicht hatte, brach er gewöhnlich in mehrere Stücke auseinander, und diese sanken dann mit auffälliger Langsamkeit, unerwartet still, fast geräuschlos, ins Meer; vermutlich eine Folge der großen Reibung, während die kleineren abgeprengten Teile mit großem Geräusch ins Wasser gekürzt waren.

(Stürmische andauernde Unterbrechung und Lärm bei den Kommunisten, der nächsten Sätze der Reichstagsrede übertrifft.) Präsi- dent Lohbe erhebt, den Reichskanzler weiter reden zu lassen.) Wes- halb ist der Belagerungsstand verhängt? Er ist verhängt gegen die subversiven Tendenzen... (Generier tobender Lärm bei den Kommunisten; der kommunistische Abgeordnete Kemmle wird wegen Störung der Verhandlungen zum zweiten Male zur Ordnung gerufen.) Es ist ganz klar, daß der Belagerungsstand sich gegen diejenigen richtet, die für den Bestand des Staates eine Gefahr sind. (Übermäßige stürmische Erregung auf der äußersten Linken; fort- dauernde Rufe: Hügel Hügel! Unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten schließt der Reichskanzler seine Rede mit dem Satz): Wir haben Präzedenz zu erfüllen nicht nur in der Gegenwart, sondern auch gegenüber der Generation, die nach uns kommt. (Stürmischer Beifall bei den Reichsparteien, andauerndes Zischen und Pfirsche bei den Kommunisten.)

Präsident Lohbe teilt mit, daß im Vorkomitee darüber keine Einigung erzielt sei, ob nach einer Pause von zwei oder drei Stun- den, während deren die Fraktionen beraten könnten, die Aussprache noch heute stattfinden soll oder ob das Haus sich dazu bis zum Montag vertagen will.

Hg. Bach (Komm.) verlangt in längeren Ausführungen zur Geschäftsordnung unter andauerndem großen Lärm, so daß er sich kaum verständlich machen kann, daß sofort die Aussprache begonnen werde.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. v. Graese (Dt.-vöit.) stimmen für die sofortige Aussprache nur die Kommunisten und Deutschvölkischen, das übrige Haus entscheidet sich für die Ver- tagung bis Montag. Jener wird aber noch in erster Beratung ohne Erörterung der Gefesentwurf über Vermögensstrafen und Bußen an den Rechtsauschuss überwiesen.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr: Anträge auf Aufhebung der Ausnahmeverordnungen; Ermächtigungsgesetz; Währungsbankgesetz und kleinere Vorlagen. Schluß nach 4 Uhr.

Produktionssteigerung.

Von Th. Leipart.

Die Gewerkschaften sind für die intensivste Steigerung der Produktion und anerkennen, daß diese eine wichtige Vor- aussetzung für die Rettung des Volkes ist.

Die Gewerkschaften haben schon oft ihre Stimme für eine Vervollkommnung und bessere Ausnutzung der technischen Hilfsmittel der Produktion und für die Befestigung der Hem- mungen erhoben, die durch die Syndikate der Unternehmer der notwendigen und möglichen technischen Entwicklung be- reitet werden. Die Gewerkschaften sind die entschiedensten Gegen- rücker der Syndikatspolitik, die nur dazu dient, technisch rückständige und minderleistungsfähige Betriebe durchzu- schleppen, deshalb jeden Anreiz zum geistigen und wirtschaft- lichen Wettbewerb erlöset und somit das größte Hindernis gegen die fortschrittliche Entwicklung der produktiven Kräfte ist.

Die Gewerkschaften erkennen an, daß es zur Befundung der Wirtschaft und zur Erhöhung des Ertrages der Produktion ebenso notwendig ist, alle unproduktiven Kräfte aus- zuschalten und an anderer Stelle wieder produktiv zu beschäfti- gen. Sie sind bereit, unter gerechter Wahrung der Lebens- interessen der betroffenen Arbeitskräfte an der Lösung dieses Problems mitzuhelfen.

Sie anerkennen ferner, daß es nicht nur Pflicht der Unternehmer ist, durch geeignete Betriebsbedingungen die Voraussetzungen für Höchstleistungen der Produktion zu schaffen, sondern ebenso auch Pflicht der Arbeitneh- mer, in der normalen Arbeitszeit intensive Arbeit zu leisten in dem Umfange, wie körperliche Kräfte und die Rücksicht auf die Gesundheit es ermöglichen.

Sie sind auch bereit, für eine Mehrarbeit zur Erhöhung der Produktionsleistung überall da einzutreten, wo dies ge- boten und möglich ist, wenn damit der gesetzliche Acht- stundentag nicht angetastet wird.

Sie lehnen es jedoch entschieden ab, sich selbst und die Arbeiterschaft bei der Regelung dieser wichtigsten Frage des Arbeitsverhältnisses ausschalten zu lassen.

Sie bestreiten überdies, daß mit einer Verlängerung

Die Truppe spielt Hamfau. (Gastspiel im Lustspiel- haus.) Als Knut Hamfau das Stück „Vom Teufel ge- halten“ dichtete, begnadete ihn Gott mit allem: mit großer Phant- asie, mit Hintertreppentransparenz, mit heilsichtiger Menschenkennt- nis, mit Güte, mit Heiserkeit, mit Tragik und spibüchlichem Talent für Kullisenerie. Die Komödie von der alternden Frau, die zu- letzt in die Arme des Riggers fällt, nach dem der Ruffant und der feule Schwärmer und der muskulöse Rabob von ihr abgefallen sind, ist köstlich und erhaben zugleich, sie ist etwas Schönes und Ver- wackeltes, sie ist Schönheit und Zirkuspretelation zugleich, sie ist gegipfelt und von diesem und von niedrigem Teufel durchwudert. Das Stück ist trotzdem zu lieben, es steht sogar abseits von allem sonstigen Theater und es charakterisiert, so sehr die Schwärmerigen es auch abweisen mögen, unseren großen, unseren prächtigen, un- feren ewig kindlichen und stets männlichen Hamfau. — Nun hat die „Truppe“, geleitet von Berthold Viertel, sich gefunden. Es ist wahr, die Komödien und Schauspielkomödien sind schnell ab- gewandert, aber es scheint, daß diese Trennung gar nicht vom Hebel war. Viertel, der Regisseur, hat seine Künstler bis ans Weichste ihres Talents emporgewirren. Er blies ihnen wirklich Schwingen ein. Man fühlt auch, daß der Regisseur den Einzelnen nicht entgleiten läßt und weiterbildet. Das ist gute Arbeit. M. S.

Zum Falle Stiedens. Herr Intendant von Schillings bittet uns um Aufnahme folgender Mitteilung: „Ich werde zu den Presseerörterungen des Falles Stiedens wie bisher die Deffenlichkeit weder in meiner amtlichen Stellung noch persönlich in Anspruch nehmen. Die nötigen Erklärungen habe ich lediglich vor dem Schiedsgericht abzugeben.“

Ein großer Anflug. Nach Zuschriften aus Mainz und Wiesbaden hingen dort, so melden die Mitteilungen über die Bogelweiz, alle Feinstkäden in dieser Woche voll „Krammetsvögel“, ein Begriff, der sehr weiterherzig gefaßt war, so daß auch noch Schwarzplättchen, Kaffeehaken, Gimpel u. dgl. dazu zählten. Angeblich sollten diese „Krammetsvögel“ hauptsächlich aus Schlesien kommen. Abnehmer sind in erster Reihe die französischen Besatzungen mit ihren vielen Anhängern, dann aber auch leider viele unserer neuen Reichen. Könnte man da nicht einen Regel vorschreiben und die Ausfuhr ins besetzte Gebiet einfach unter- binden?

Die Fachhändler-Schlüsselzahl ist vom Montag ab 100 Millionen. Philosophische Vorlesungen des Genossen Dr. Adel: Dienstag 8 1/2, Uhr abends, Dortheimstr. 12; Die Weltanschauungen der großen Denker“, Donnerstag 8 1/2, Uhr abends, 64a; „Ein- flüßung in die Philosophie“, Freitag 8 1/2, Uhr Charlottenburg, Schillerstr. 125; Kant-Abende (Rechtsgemeinschaft).

Wissenschaftliche Expeditionen in Sowjetrußland. Eine Expedition zur Erforschung der Bedingungen, unter denen der vom Aussterben be- drohten Sphenix erhalten bleiben könnte, begibt sich demnächst ins Kuban- gebiet (Kaukasus). Auch dem Vögel, der in Rußland mehr und mehr verdrängt, soll wissenschaftliche Aufmerksamkeit zufließen werden. Die Erhaltung selten gewordener Tiere und Pflanzen läßt sich am leichtesten in Naturparks nach amerikanischem Muster ermöglichen, und hierzu wird die Einrichtung von 23 solcher Parks in verschiedenen Teilen Rußlands erwogen.

Der gesetzlichen Arbeitszeit schon eine wirkliche Ver- mehrung der Arbeitsleistung erreicht wäre. Ein Diktator könnte mit drakonischen Zwangsmahnahmen vielleicht die längere Arbeitszeit erzwingen, aber solche Gewaltspolitik würde sich bitter rächen und die deutsche Wirtschaft sicherlich nichts dabei gewinnen.

Die Gewerkschaften stehen fest auf dem Boden der Verfassung, die den Arbeitern und Angestellten ausdrück- lich das Recht garantiert, „gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeits- bedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwick- lung der produktiven Kräfte mitzuwirken“. Jede Gewerkschaft ist bereit, mit der Arbeitgeberorganisation ihres Berufes über eine bessere Entwicklung der produktiven Kräfte und auch über notwendige Mehrarbeit Vereinbarungen zu treffen, wie die Reichsregierung sie in dem Satz: „die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt“, vorgegeben hat.

Die Gewerkschaften sind im Interesse der deutschen Wirt- schaft seit Jahren für eine Sanierung der deutschen Finanzen eingetreten, für eine allgemeine, durchgreifende Finanzreform statt der bloßen Häufung der Steuergesetze. Sie sind immer wieder für eine Stabilisierung der Währung eingetreten, weil nur auf dieser Grundlage stabile Löhne und Preise möglich sind, die neben der notwendigen Sorge für aus- reichende Ernährung eine der wichtigsten Voraussetzun- gen für eine Steigerung der Produktion bilden.

Zur Erfüllung dieser Voraussetzung für eine Steigerung der Produktion sind die Gewerkschaften auch dafür, daß eine Entlastung des Reiches von unproduktiven Ausgaben herbeigeführt wird. Aber sie können dem in dem Entwurf einer neuen Verordnung vorgeschlagenen Weg der Abwälzung der gegenwärtigen Kosten der Erwerbslosen- fürsorge auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht zustimmen, da es unerträglich ist, die allgemeine Sanierung der Staatsfinanzen zuerst bei den sozialpolitischen Aus- gaben des Reiches und auf Kosten der Arbeitnehmerschaft zu beginnen, ehe die Heranziehung des Besitzes zu den öffentlichen Lasten durch eine wirkliche Erfassung der Sachwerte gewäh- leistet ist. Die Gewerkschaften fordern daher vorweg eine allgemeine Finanz- und Währungs- reform, die gesunde Staatsfinanzen und stabile Lohn- und Preisverhältnisse schafft. Im Rahmen dieses umfassenden Finanz- und Währungsplanes kann eine Entlastung des Staates von der Erwerbslosenfürsorge auf dem Wege der so- fortigen Erledigung und beschleunigten Inkraftsetzung des Ge- setzentwurfs betreffend Arbeitslosenversicherung, der vom Reichswirtschaftsrat bereits im Frühjahr 1923 begutachtet worden ist, herbeigeführt werden.

Die Gewerkschaften waren und sind in diesem Sinne zur positiven Mitarbeit an dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bereit. Aber sie sind nicht gewillt, für eine Steigerung der Produktion durch Raubbau an der Arbeiter- schaft zugunsten der Unternehmer einzutreten.

Um die Produktionsschule.

Eine Tagung über die Schulfrage, aber dennoch keine bloße Schulmeistererogation hatte der Bund entschiedener Schulreformer in der Berliner Universität vom 30. September bis 4. Oktober veran- staltet. Dieser Bund hat es als einziger in seiner Art verstanden, Schul- und Erziehungsfragen zu einer Sache des Volkes zu machen.

Zur Besprechung stand „Die Produktionsschule“. In wohlüberdachten und übersichtlich gegliederten Aufbau sollten die Referate darlegen: Den Weg zur Produktionsschule, die Erziehungs- und Bildungsprobleme in der Produktionsschule, den Schulaufbau und schließlich Produktionsschule und Kultur. — Bald zeigte sich, daß diese durchaus beachtenswerten Ausführungen über die praktische Ausgestaltung und über Lösung jener Erziehungsfragen, die durch Verlagerung der heutigen Schule zur brennenden Jugendnot gewachsen sind, doch in den Hintergrund treten vor den Auseinandersetzungen mit den letzten Grundfragen unserer Zeit. Es ist die Stärke des Bundes, daß er klare Stellung nimmt zum Problem der Wirtschaft. Und es ist weiter ein Beweis seiner lebendigen Kraft, daß er so viele verschiedene Referenten zu Wort kommen läßt, die je nach ihrer Art verschiedene Wege aus dem Chaos suchen; daß aber gerade aus dieser Vielgestaltigkeit sich dann klar und deutlich die Einstellung des Bundes ergab. Dies herauszuarbeiten war die schwere aber meisterhaft gelöste Schlußaufgabe des Vorsitzenden Genossen Destrach. — Es ging um folgendes: Ist ein neues Zeitalter aufzubauen auf liebe- voller intensiver Kleinarbeit am Einzelwesen, durch Rückkehr zur „rohen Arbeit“ auf häuslicher und handwerklicher Grundlage? Versteht dieses Zeitalter ein neues, Leiter einer Heimatschule im sozialistischen, Führer und Erzieher einer Gemeinschaft armer Hamburger Proletarierkinder. — Oder ist Neubau möglich durch genossenschaftliche Arbeit Gleichgestimmter auf wohlüberdachter, wohlorganistierter Grundlage, aber unter be- wußter Anlehnung an den Kapitalismus und die kapitalistische Ein- stellung der Menschheit? Vertreter dieses Gedankens war Adolph aus Gilderhall, einer aufblühenden Siedlung bei Neu-Ruppin. Zur Selbsthilfe will er ergeben unter Ablehnung aller Diktatorismus, zur Höchstleistung im eigenen Beruf und Ausbarmachung dieses leberhüftes an Qualitätsarbeit für die Allgemeinheit; ein neues Sparsystem gilt dort, das zum Wertmesser die Arbeitsstunde hat. Überführung der Produktion aufs Land, Flüssigmachung von Privatkapital vor allem für Banten, feinste Durchbildung des Hand- werts, Qualitätsarbeit für die Ausfuhr, Einschaltung eines neuen Betranens, neuer geschäftlicher Ehrlichkeit, aber auch Konzeption an die menschliche Selbsttätigkeit und den Besitztrieb. — Hülfer dagegen behauptet das Maschinenzeitalter als notwendige Übel und verneint die Symbiose mit dem Handwerk. Nicht die Maschine hat Schuld an unserer Not, sondern die mangelnde Organisation der Wirtschaft. Den gleichen Standpunkt vertritt Fröhlich- Berlin, der in den Werkstätten der Großindustrie die ersten Ver- wirklichungsmöglichkeiten der Produktionsschule sehen würde, wenn nicht eben die Großindustrie privatwirtschaftlich eingestellt wäre. Die Aussprache ergibt denn auch klipp und klar, daß Pro- ductionsschule nur in sozialistischer Wirtschaft möglich sei, daß aber auch die Umkehrung dieses Satzes Giltigkeit hat. Recht aus der Praxis heraus sprach in diesem Zusammenhang auch Genosse Dittmer. Auch er lehnt eine Rückwärtsentwicklung zum Handwerk ab und weist den Gewerks- schaften eine führende Rolle in dem Kampf um die Produktionsschule zu. Sein Referat durchläng die heisse Sorge um die Ertrags- schaft der menschenwürdigen Arbeitszeit. Weitere Verkürzung bei schwerer und ungesund Arbeit, Höchstmäß acht Stunden bei Maschinenarbeit, unbegrenzte freiwillige Arbeit bei leichtem betrieblinem, das Leben lebenswert machendem Lebensberuf; ein glücklicher Gedanke und ein wichtiger Hinweis auf die oft verklärte Tatsache der heute bestehenden Kluft zwischen Arbeit und Beruf. Jacobs- Essen tritt als Schüler der Romantik und des Gefühlstempes gegen die Maschine mit den Worten: Wohl kann die Maschine wieder zerstört werden, aber die Idee der Maschine kann nicht mehr ausgerottet werden. Wohl kann der einzelne sich ihrem Gebrauch entziehen, aber nicht ihren Auswirkungen. — Nun aber muß es gelingen, Geist wieder zu erwecken, Gefühl wieder zu

gewinnen, dem Industriemensch zur Wiedergeburt seiner Seele zu verhelfen. Dazu ist notwendig ganz neues Denken und Schauen von Rhythmus, Plastik, Kunst, Musik, von den Beziehungen zum Körper. Voraussetzung aber ist Umwandlung der Wirtschaft. Honigsheim-Klein sieht heute drei Mächte um die Erziehung ringen: Kirche, Staat und Wirtschaft. Die Wirtschaft betrachtet heute den Staat als ihren Feind. Er warnt vor Unterjochung der Wirtschaft. Die kommende Kultur wird auch Unterricht der Erwachsenen sein, aufgebaut auf der Grund- und elementaren Einheitschule. Und zwar zweigunter- rieht auf besonderen Hochschulen für solche, die in der Praxis besondere Begabung irgendwelcher Art schon bewiesen haben, also natürliche Auserlese auf Grund der Erfahrungstatsachen in der Arbeit der Gemeinschaft. Daneben auch Bildungsanstalten ohne zweckbestimmte Richtung für jene, die eindringen möchten in die Zusammenhänge des Weltganzen, für die Grübler und Forscher. Forde- rungen der Zeit sind aber nicht liebevolles Wissen noch so wert- voller Einzelpersönlichkeit, sondern Verzicht auf Erfüllung persön- licher Glücksträume und bewußte Einstellung auf Kampf und Wüstenwanderung. — In diese Gedankengänge knüpfte dann Kawerau wieder an: das Zeitalter von Elektrizität und Eisen wollen wir nicht nur bezaubern, weil wir müssen, sondern auch lieben, aber indem wir seine Produktion nicht mehr nach dem Profit, sondern nach den menschlichen Bedürf- nissen regeln und uns dienbar machen. Arbeit sei nicht nur Brotwerb, auch Erfüllung der Lebensaufgabe. Es sei da kein buntes Gärtnchen mehr für private Sehnsüchte, keine Spaltung von Sonntags- und Alltagsmensch. Von Jugend auf Erziehung zum Erkennen der Zusammenhänge, Vertrautheit mit der funktionalen Abhängigkeit. Neue Jugend soll neue Spannkraft zeigen, im Kampf gegen Lüste und Besig, in der Gefolgschaft der Werkstätten. Nicht blinder Glaube, sondern sehendes Wissen tut not. Diese geistige Einstellung wird geboren durch Arbeit und Erlebnis in der Produktionsschule. Als fruchtbare Mutter gebiert sie eine neue Sittlichkeit der Solidarität und aktiven Gerechtigkeit. — Und dann sah Destrach in seinem Schlusswort das Ergebnis der Tagung zusammen: Trotz allem und allem, eine Armee des Geistes der Zukunft war beieinander und hinter der stürmenden Jugend, der aller Liebeschwang, ach nur zu häufig, Uebergangsstadium ist, steht die ernste, schwer erzwungene tüchtige Ueberzeugung reifer Menschen. Liebesvoll verstand er auch alle, die da von einem Punkte aus die Not der Zeit beilen wollen, die in Siedlungen und wüsten Heimen Inseln im Strom sein möchten, die allein von Körper und Kunst her das neue Wesen gestalten wollen, oder die eine Schule aus der unbedingten und restlos christlichen Nachfolge Jesu Christi schaffen möchten. Sie alle arbeiten, kämpfen und lieben auf einsamen, oft auf verlorenem Posten. Aber das Mite ist unüberderrlich gefast, Fickwerk laugt nicht zum Aufbau. Darum bewußt hinein in den wirtschaftlichen und politischen Kampf um die Kultur nicht einer Klasse, einer Schicht, eines Volkes, sondern der gesamten Menschheit, nicht durch Hege von Putsch zu Putsch, sondern durch Hineintragen des Erziehungsgedankens in die Menschen.

Es war ein Wagnis, diese Tagung in dieser Zeit. Genossen und Genossinnen, hier geht es um eurer Kinder Zukunftsland, hier ist die große kulturpolitische Organisation, die euch angeht. Be- schäftigt euch mit den Gedanken des Bundes, besucht die Monats- versammlungen, die Tagungen, orientiert euch aus den Schriften- reihen des Bundes über die praktischen Wirkstoffe und Versuche, lest das in Kürze erscheinende Heft, das alle Referate dieser Herbst- tagung ausführlich wiedergibt. Viel Wertvolles, klar Durchdachtes, das Lösung praktischer Probleme betraf (Wehrerbildung, Grundschule, Kindergärten, Heilpädagogik) mußte bei der Knappheit des Raumes vor dem Grundfählichen leider zurückbleiben. R. S.

Wirtschaft

Zwischenwährung oder Endlösung?

Die Woche, die jetzt abgelaufen ist, brachte einen neuen, un- erhörten Niedergang der Mark, neue, unerhörte Preis- steigerungen der Kartelle, gewaltige Preisserhöhungen am Lebens- mittelmarkt. Nachdem die Wirtschaft sich fast durchgängig — ab- gesehen von den Löhnen — auf Goldpreise umgestellt hat, ist die rapide Anpassung der Warenpreise an den Dollarstand an sich nicht verwunderlich. Freilich fragt man sich vergebens, warum das gleiche Gesetz — die Anwendung des Goldmaßstabes — nicht in entsprechender Weise den Preisstand senkt hat, als wie in der vorangegangenen Woche der Dollar fiel. Die Sorglosigkeit, mit der die Interessenten ihre Monopolstellung ausnützen, sich an die Papiermarkt schwämmern, wenn der Dollar fällt, und an diesen, wenn er steigt, hat jene Verheerungen am Markt der In- dustriewaren angedreht, die jetzt auf die Arbeiterschaft zurückwirkt. Trotz steigenden Dollarkurses, der früher immer den Export an- geregt hat, stößt die Warenausfuhr. Im Inland aber stößt der Warenabfluß, weil zwischen der Kaufkraft der Bevölkerung und den Preisen keine geordnete Beziehung mehr besteht. Diese kann nicht bestehen, solange der überwiegende Teil des Volkes auf Papier- markt angewiesen ist, die sich innerhalb der wenigen Stunden vom Empfang des Geldes bis zu seinem Verbrauch auf die Hälfte entwertet, der Reallohn muß mit zwingender Notwendig- keit hinter den Warenpreisen zurückbleiben, solange die Währungs- frage nicht gelöst ist. Es ist nun gewiß kein Zufall, daß die agrar- ische und die schwerindustrielle Reaktion in demselben Augenblick eine Ministerkrise herbeigeführt hat, wo ein sozialdemokratischer Finanzminister mit der Frage der Währungsreform ernst machen wollte. Damit ist weniger die angekündigte Gründung der Währungsbank gemeint. In der unvollkommenen Form, in der dieser Gedanke bisher verfolgt wurde, konnte er höchstens die Befundung des deutschen Geldes vorbereiten, nicht sie wirklich und end- gültig herbeiführen. Viel mehr wurde dem sozialdemokratischen Finanzminister verdacht, daß er durch sein Streben nach einer Re- organisierung der Reichsfinanzen den Unterbau zu der erfolgreichen Einführung einer Goldwährung legen wollte und dabei den Besitz nicht mit jener Zartheit zu behandeln gedachte, die bisher in der Reichsfinanzpolitik trotz aller guten Gedanken Erz- bergers und Birchs üblich war und unter Finanzministern vom Schlage Hermes' als selbstverständlich galt.

Die Verzögerung der Währungsreform durch die Regierungsk- rife hat einen neuen Zustand geschaffen. Es kommt jetzt, nachdem man das neue Abgleiten der Mark nicht verhindern konnte, wirklich nicht mehr darauf an, eine „Neumark“ zu schaffen, die binnen kurzer Zeit neuer Entwertung ausgesetzt ist, sondern es kommt ent- scheidend darauf an, mit der gebotenen Klarheit an die Lösung der Währungsfrage heranzugehen. Die Ernennung des bisherigen Ernährungsministers Dr. Luther, der den Gedanken der Helffer- lichsten Roggenwährung außerordentlich gefördert hat, läßt der Vermutung Raum, daß man jetzt versuchen wird, erneut dieses Projekt durchzuführen. Die Fesselung des Geldwertes an ein einzelnes landwirtschaftliches Produkt jedoch bedeutet nichts anderes als die Privilegierung der Landwirtschaft in einem pro- duktionsfeindlichen Sinne. Denn ein Roggengeld wird, an den übrigen Waren gemessen, um so mehr wert sein, je teurer der Roggen ist, d. h. je weniger Roggen auf den Markt ge- bracht wird. Diese Gefahr sollte man nicht unterschätzen. Ebenso wie die „Neumark“, die auf Goldrentenbriefe der Erwerbsstände beruhen soll, bietet die Roggenmark keine ausreichende Gewähr

Diese Republikaner!

Tatkräftiger Schutz: Ein Wort an alle, die es noch angeht.

Die Gemüter sind erregter denn je; die Reaktion glaubt, daß nun ihr Tag nicht mehr fern sei. Rund um die Republik ballt sich ein Chaos von Gefahren, von wirtschaftlichen und politischen Risiken.

Einer der vielen Fälle,

die das veranlassen mußten, wurde schon vor einigen Tagen im „Vorwärts“ gelehrt: der Skandal der Väterlichmachung der Republik gelegentlich der Abiturientenprüfung im Röllnischen Gymnasium zu Berlin, über den die „republikanischen“ Regierungsvertreter, die der Prüfung bewohnten, einfach zur Tagesordnung übergingen.

Erlebnisse.

Wie oft hat man Gelegenheit, Vorkommnisse beizumohnen, die für den deutschen Republikaner ein trauriges Dekorum bilden. Kaum erlebt man irgendeine Kabarettvorstellung, einen Varietés-Abend, ein Zirkusprogramm, ohne einer offenen Verhöhnung der Republik zu begegnen.

Das Verbrechen der Elise Beidler

11] Novelle von Hermann Kesser.

Ob aber auch schon die Ranken, in denen sich Gertrud verfang, aus starken Wurzeln emporwachsen, so blieb sie an diesem Tage doch einmal mit einem gewarnten und von grauen Ahnungen umwitterten Herzen stehen, ohne einen Laut und einen Atem, wie es Menschen ergeht, denen sich unversehens ein Blick in unergründliche Tiefen des Schicksals erschließt.

Es war dies in einer Stunde, da Elise in dem einen verhärteten Schmerz ihres verdorbenen Lebens vor einem niederen Grabhügel beete und den blauen Montag nicht sah, die Geschwister aber nach ihrer Rückkehr aus der Stadt in dem menschenleeren und seltsam hallenden Hause noch manche Geräusche und Stöße zusammentrugen, die Otlos wider Erwarten beschleunigte und erst halb bereitete Reise verlangte.

Sie trat nicht ohne Scheu vor das Stübchen, das Elise in einer Eigenheit ihres Wesens fast immer versperrt hielt. Als Gertrud eintrat, sah sie den kleinen Hausrat der Alten, wie er immer gewesen war, peinlich und gerade gestellt vor sich, alles, auch den zinnernen Weihwasserfessel und den Weidenzweig darin, das geschnitzte Kreuzifix und eine verlichtete Photographie von Gertruds Mutter in einem verblühten Pflanztopf, wie sie seit Jahren an der sauberen Kalkwand hing.

kom einmal ein „aufrechter“ Republikaner und schlug mit einem Donnerwetter herein! Aber — der kam ja gar nicht! Man genierte sich, seine republikanische Ueberzeugung einzeln zum Ausdruck zu bringen; man hatte Angst vor dem Skandal, vor dem peinlichen Aussehen! Und trotzdem Hunderte, Tausende innerlich kochten, ließ es keiner zur Explosion kommen, weil eben der Spießer im Deutschen leider immer noch mächtiger als der Republikaner ist! Daß der Auslandler aber mit einer falschen Meinung derartige Situationen verließ, daß die Reaktion dadurch immer frecher und lächerlicher wurde, das überlegte sich keiner unserer Republikaner! Zu Hause schimpfte man dann darüber am Familientisch, unter Freunden und Kollegen, und nannte es eine Saunwirtschaft, schrieb schleunigst dem „Vorwärts“, was da und dort los sei und beklagte sich bitter! Daß aber einer von ihnen an Ort und Stelle aufgetreten war, daran dachte keiner. Denn — so sagt man sich leider — man kann nie wissen, was für Unannehmlichkeiten daraus entstehen können! Und so ist es überall: in einer Weintrippe am Kurfürstendamm schon spät Abends dichtgedrängt die Menschen zusammen. Kamen da ein paar betrunkene Gestalten herein, nämlich ehemalige Offiziere. Nach fünf Minuten stand einer von den Monotelshafen auf, brüllte ins Lokal hinein: „Achtung! Stillgestanden! Wir trinken auf das schwarzweisse Germanien! Alles aufstehen! Eins! Zwei! Drei!“ Natürlich fanden sich ein paar, die mit aufstanden. Viele blieben sitzen; das pochte aber diesen Trunkenbolden nicht; sie stiegen ins Lokal und schimpften los: „Sie roter Hund Sie! Siehen Sie auf! — Sie Vosschmeiß! — Wieder mit Ebert! Hoch Kaiser Wilhelm! — Wieder mit der Saunwirtschaft der Republik! Hoch das stramme militärische Kommissariat! — Steh auf, Hund, und lauf mit, wenn du kein Vaterlandsverräter bist!“ In demselben Moment stiebt dem Monotelshafen, den der Wirt noch mit Glaschandschuhen beruhigen wollte, eine in der Hofe, daß sein Monotel in Scherben am Boden kirkte und der Inhaber sich mit da unten wälzte! Seine Rabaudbrüder stürzten sich auf den Schläger los, der furchtlos da stand und die Republik verteidigte; ein paar Schläge noch genügten und kein wie die Kinder zogen sie sich zurück. Warum ist es so nicht überall? Aber — der Deutsche denkt immer sofort an Unannehmlichkeiten, Polizeifestellungen, Gerichtsverhandlungen, die da blähen könnten, und schweigt lieber still! Um „Unannehmlichkeiten zu vermeiden“, läßt man ruhig die Republik beschimpfen — und schimpft dann nachher selbst über sie, die ja ohnmächtig sei! Diese Art Republikaner verdienen diese Republik.

Wo sind die Republikaner?

Wo sind sie...? Im demokratischen Lager versteckt man sich wie Anno 18 hinter dem Ofen oberflächlich am Kaffeetisch und verrammelt die Türen und debattiert dann wehlagend über die „arme Republik“, wenn es mit ihr brenzlich wird! Kennt in die politischen Klubs und hält da Vorträge, die die Republikaner kopfnickend wie Zeremonie geziehen. Dann hält man Umzüge und demonstriert. Dann duckt sich die Reaktion und wartet, bis die Demonstration vorüber ist, kommt dann wieder ans Tageslicht und treibt sich wie vorher frech herum! Laßt diese Demonstrationen dann doch lieber bleiben und demonstriert im täglichen Leben für die Republik! Vertrete sie und verteidige sie! Hebt ihre Fahne hoch und schützt ihre Farben! Wo einer sein breites Maul aufstut und eine Frechheit riskiert, gebt ihm eine drauf! Wo einer im Lokal, im Varieté die Republik herunterzieht, geht nicht verzerrt fort, bleib, schlägt Krach, haut mit einem gepfefferten Donnerwetter herein! Wo einer auf der Straße, auf der Arbeitsstelle, im Geschäft oder sonst wo die Republik lächerlich machen will, seid doch nicht still, riskiert es doch einmal, Republikaner zu sein, wagt eure Worte nicht auf der Wagschale, werft sie ihm dorb und laßt an den Schödel, daß er ihm drummt! Woher soll das Ausland Vertrauen zur Republik bekommen, wenn es unsere Republikanerspießer sieht? Wenn es den Kopf schütteln muß über die Pedanterien und lächerlichen, schelmschenden Hilflosigkeit des deutschen Republikaners!

Laßt jeden reaktionären Dummel sofort feststellen! Schleppt jeden Belcidiger unserer Genossen, die jetzt in der Regierung sitzen,

auf die Wagschale! Seid nicht mehr so rücksichtsvoll (man nimmt auf euch ja auch keine Rücksicht) und so zimperlich. Es nützt wirklich nichts, dem Kampf aus dem Wege zu gehen. Ihr müßt ihn ausfechten, wenn ihr die Republik behalten wollt. Erst dann, wenn ihr so werdet und ihr keine Angst mehr vor der eigenen Courage habt, bekommt ihr die Republik, die wir haben müssen! Opfert ihr aber das alles euren Bequemlichkeiten, dann — opfert ihr auch die Republik!

Die neue Woche.

Brot: 34, Milch: 20, Gas: 30, Wasser: 30, Strom: 60, Straßenbahn: 10 Millionen.

Als Folge der neuesten Dollarsteigerungen bringt auch die neue Woche wieder eine ganze Reihe von bedeutenden Preisserhöhungen. Der Marktenbrotpreis ist auf 34 Millionen erhöht worden und für das Alter Vollmilch wird man ab Montag 20 Millionen zahlen müssen. Der Preis für Rogermilch beträgt 7,4 Millionen. Allen voran, da am stärksten von der Kostenpreiserhöhung betroffen, sind diesmal wieder die Tarife der städtischen Werke. Wie bereits im gestrigen Abendblatt mitgeteilt, stellt sich zu der Zeit vom 7. bis 13. Oktober der Gaspreis auf 30 Millionen für das Kubikmeter. Auch der Wasserpreis beträgt 30 Millionen. Alle Stromabnehmer, bei denen eine Standaufnahme in der Zeit vom 7.—13. Oktober vorgenommen wird, haben für den seit der letzten Rechnungslegung festgestellten Verbrauch sechzig Millionen Mark für eine Allowance zu zahlen. Auch die Verkehrsstarke erfahren ab Mittwoch, den 10. Oktober, eine neue Festsetzung, die sich bei der Straßenbahn, die fortan nur noch Einheitsfahrtscheine mit einmaliger Umsteigeberechtigung ausgeben wird, auf 10 Millionen stellt. Der Kinderfahrtschein kostet 5 und der Hochbahn-Umsteigefahrtschein 15 Millionen. Monatskarten werden kosten: für 1 Linie 700 Millionen, für 2 Linien 800 Millionen, für 3 Linien 1200 Millionen, für alle Linien 2000 Millionen. Entsprechend der neuen Schlüsselzahl werden auch die Stadt-, Ring- und Vorortbahnfahrpreise ab Mittwoch erhöht und die Hoch- und Untergrundbahn, die sich zurzeit noch in Schweigen hüllt, dürfte bald folgen.

Neue Grundpreise für Sonntagsrückfahrkarten.

Anfolge der letzten Erhöhungen der Fernfahrpreise, der die Erhöhung der Vorortpreise nicht in demselben Verhältnis gefolgt ist, sind die Fahrpreise für Sonntagsrückfahrkarten neu berechnet worden, und es ergeben sich wesentlich niedrigere Grundpreise, die mit der jeweilig gültigen Schlüsselzahl des Reichsbahnpersonenverkehrs zu multiplizieren sind. Diese Grundpreise, die gegenüber den gewöhnlichen Fahrpreisen um etwa 40 Proz. ermäßigt sind, betragen in der dritten und vierten Klasse: Vom Steintor Bahnhof nach Bielefeld 0,90 und 0,90 M., nach Weichow 1 M. und 0,80 M., nach Eberswalde 1,50 und 1,10 M., nach Chorinchen oder Finow 1,90 und 1,40 M., nach Chorinchen oder Falkenberg 2 und 1,50 M., nach Freienwalde 2,30 und 1,70 M., nach Fichtengrund 0,80 und 0,70 M., nach Raffenhöhe 0,90 und 0,80 M., nach Löwenberg 1,30 und 1 M., nach Gransee 1,80 und 1,40 M., nach Füssenberg 2,80 und 2 M., nach Werbellinsee 2,30 und 1,70 M., nach Joachimsthal 2,30 und 1,70 M. Vom Schlesischen Bahnhof (von Stadtbahn 0,10 M. mehr) nach Rehfelde 0,80 und 0,70 M., nach Dahmsdorf-Müschelberg 1,40 und 1,10 M., nach Werneuchen 1,30 und 0,90 M., nach Tiefensee (zurück auch über Strausberg) 1,60 und 1,10 M., nach Leutenberg 1,90 und 1,30 M. Vom Berliner Bahnhof (ober Stadtbahn) nach Groß-Beften 0,90 und 0,80 M., nach Teupitz-Groß-Körb 1,30 und 1 M., nach Halbe 1,60 und 1,20 M., nach Brand 2 und 1,50 M., nach Bütten 2,60 und 1,90 M., nach Büttenau 3,10 und 2,20 M., nach Stortow 1,50 und 1,20 M., nach Hubertushöhe 1,70 und 1,30 M., nach Schermühlensee 1,90 und 1,40 M., nach Brestow 2,70 und 2 M. Vom Potsdamer Bahnhof nach Caputh-Beltow über Widpark 0,80 und 0,70 M., nach Fersch-Dienewitz 1,10 und 0,90 M. Die Sonntagsrückfahrkarten nach Lindow-Mark, Rheinsberg, Löwenberg und Budow (Württembergische Schweiz) werden bis auf weiteres nicht mehr ausgegeben.

Kleinrentnermesse in Charlottenburg. Am 15., 16. und 17. Oktober d. J. veranstaltet, wie schon im Februar d. J., die Ortsgruppe der Kleinrentner im Festsaal des Charlottenburger Rathauses, Berliner Straße 72—73, einen Verkauf verschiedener Gegenstände, wie Handarbeiten, Wäsche, Antiquitäten und Luxusgegenstände aus Privatbesitz. Die Ausstellung und der Verkauf finden von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags statt.

Lage mit einem steifen Lächeln um den hochgezogenen Mund. Und sie schmiegte sich an einen Mann, der sich stark und kühn neben der bräutlichen Lieblichkeit seines Mädchens hielt und in seiner langen, auf dem Wibe fast strohblonden Mähne das Haupt mit der scharfen Nase und hohen Stirn herausfordernd dem Beschauer zuwandte, so daß es nicht anders ausfiel, als ob sich das junge Weib an seiner Seite schüchtern zusammenbrückte, erstierend vor seiner ragenden Größe, und doch erfüllt von dem Glück, ihm anzugehören und wie mit seligen Ketten an ihn gefesselt, mit Ketten, dem gemalten Rosengewinde gleich, das in prahlender Röbe das ungleiche Paar umkränzte und sich auch um zwei verschlungene Herzen rankte, in denen die Namen „Elisabetha“ und „Augustus“ mit zierlichen Buchstaben eingetragen waren.

Gertrud nahm das bunte Blatt in ihre eiskalten Hände. Kein Zweifel, dies war Elise als junges und schönes Mädchen, und wenn schon ein Menschenalter darüber vergangen war, so meinte doch Gertrud, es sei auf dem weiten Anlieh der Greisin noch immer, obzwar vom Alter eingeschleiert und wie in den Furchen der eingelunkenen Züge vergraben, eine matte Spur von dem Bug und dem Reiz dieses schüchternen Mädchengefichtes. Und auch der Mann schien Gertrud nicht völlig fremd, eine ferne Ähnlichkeit mit einer verflüchtigten Gestalt aus der Dämmerung entlegener Kindertage, sie glaubte sich nicht zu täuschen, sprach auf sie ein. Aber in der Flut der Gedanken, die in ihr wie ein plötzlich erschlossener Quell tobten und drängten, vermochte sie nichts zu greifen. Sie sah nur noch, daß ein später kunstvoll geflickter Riß das Doppelbildnis einmal in zwei Hälften vertrennt hatte und nun wie ein schmaler und feiger Streifen zwischen dem Mädchen und dem Manne durchging, als wollte er die beiden durch einen häßlichen Strich voneinander scheiden.

Mehr vermochte sie nicht mehr zu schauen, denn eines der dünnen Sträußchen fiel raschelnnd zu Boden, als Gertrud mit stockendem Puls und blutübergossen das Bildnis wieder an seine Stelle legte. Das Sträußchen aber verlor sich aus dem bläulichen Seidenband, und Gertrud war es, als sei dies die Strafe für ihre schändliche Reugier, als sie die harten Blumen bebend vom Boden aufwas, mit unsicheren Händen wieder vereinte und darum die knisternde Seide zu einer unbeholfenen Schleife wand.

(Fortsetzung folgt.)

Was ich mir dafür kaufe!

Was gibst Du jetzt einem Bettler? Versuche es nicht, ihm einen Tausendmarktschein anzubieten. Er könnte Dich fragen, ob bei Dir vielleicht einiges nicht ganz stimmt. Ein Markenbrot hat in der vergangenen Woche 18 Millionen Mark gekostet. Achtzehnhundert Tausendmarktscheine hätte er sich da erbeten müssen, um ein einziges Brot kaufen zu können. Eine einzige, ganz dünne Scheibe Brot, die er dann abgemessenen hätte, wäre allein fünfshundert Tausendmarktscheine wert gewesen. In der neu beginnenden Woche steigt der Preis des Markenbrotes auf 34 Millionen Mark. Da kostet eine ganz dünne Scheibe Brot schon eine runde Million. Mach' Dir das klar, ehe Du einem Bettler etwas gibst. Was aber wirst Du sagen, wenn Du hörst, daß man einem alten Mann noch sehr viel weniger anzubieten magt? Er ist kein Bettler, sondern ein Beamter o. D., ein ehemaliger Lokomotivführer, der nach dreißigjähriger Dienstzeit auf Unfall pensioniert wurde. Vor dem Kriege wurden alle Heilungsstellen (Arzt, Arznelien, Bäder usw.) vom Staat bezahlt. Im Jahre 1915 wurde dafür eine jährliche Pauschalsumme eingesetzt, 420 Mark. Schon im Jahre 1922 konnte man für diesen Betrag kaum noch etwas Nennenswertes kaufen. Damals wurde ein Besuch um Erhöhung der Pauschalsumme abschlägig beschieden. Und so erhält der Lokomotivführer a. D. von der Eisenbahnhauptkasse Berlin noch jetzt für jedes Quartal 105 Mark gemessenhafte Überbrände. Die Kosten der Zustellung durch das Postfachamt samt allen Buchungen und sonstigen dazu erforderlichen Bureauarbeiten betragen sicherlich ein Vielfaches dieser 105 Mark. Was mag die zuständige Verwaltungsstelle sich dabei denken, wenn sie dem alten Mann einen derartig niedrigen Betrag überweist? Oder macht man sich dort über solche Dinge keine Gedanken?

Der Raubmordversuch mit Morphium. 4 und 5 Jahre Zuchthaus für die Täter.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begann gestern früh bei starkem Andrang des Publikums die Verhandlung wegen verübten Mordes und schweren Raubes gegen den Bedenrührer und Kritiker Wilhelm Hoerl und den Maler Arthur Krüger, die, wie wir berichteten, verhaftet hatten, die Ehefrau Franziska Fiedler in deren Wohnung zu ermorden und ihrer Schmuckkassette zu berauben. Der Angeklagte Hoerl ist ein noch junger Mann, Anfang der zwanziger Jahre. Er war erst zu Beginn des vorigen Jahres nach Berlin gekommen und hatte hier Krüger kennen gelernt. Es fiel ihm auf, daß Krüger, der arbeitslos war, immer auf einem Fuße lebte und daß dessen Ehefrau stets hochlegant gekleidet ging. Als er ihm eines Tages sagte, das könne doch nicht auf reelle Weise zugehen, antwortete Krüger: „Ich hätte schon längst etwas aus Dir machen können, wenn ich Dir nur trauen könnte.“ Hoerl, der übrigens wegen Diebstahls schon verurteilt ist, will nun Krüger versichert haben, daß er ihm volles Vertrauen schenken könne. Krüger wußte, daß er, der Angeklagte, ein Rezept für Morphium besaß, und schlug ihm vor, darauf ein Quantum Morphium zu beschaffen. „Er sagte mir“, fuhr der Angeklagte fort, „Du bist jung und kannst leicht Damenbekanntschaften machen, dann wollen wir die betreffende Frau mit Morphium betäuben und berauben.“ Hoerl schilderte dann das Verbrechen, wie wir es im heutigen Morgenblatt berichteten. Er selbst habe gar nicht gewußt, wie es dazu gekommen sei. Frau Fiedler habe geschrien, und da habe er ihr das Maul zugehalten, aber nur um sie zu beruhigen und zu verhindern, daß Leute hinzukämen und ein Skandal ersticke, denn sie ist doch eine verheiratete Frau. — Die Angeklagten Hoerl und Krüger belagerten sich dann gegenseitig bei ihrer weiteren Vernehmung und einer suchte dem anderen die Schuld an der Bluttat zuzuschreiben, sich selbst aber nach Möglichkeit zu entlasten. Der Angeklagte Krüger erzählte, daß Hoerl ihn bestürmt habe, mit ihm auszugehen, um Damenbekanntschaften zu machen. Er sei schließlich darauf eingegangen. Am Cafe Telloff habe eine Dame gesessen, die sich im mittleren Alter befand. Hoerl sagte: „Das ist die Richtige!“ Krüger habe seinen „Mumm“, sondern wollte sich lieber jüngerer Damen nähern. Hoerl habe jedoch gleich gesteckt, ob man Platz nehmen könne. Die Zeugin Frau Franziska Fiedler befuhrte, daß sie niemals irgendwelche Beziehungen zu Hoerl gehabt habe. Als sie im Café erzählte, daß sie Habiträume brauche, habe Hoerl in gebrochenem Deutsch gesagt: „Hab' ich Habiträume.“ Die Besuche der beiden Verbrecher hätten sich aus dem Wickgeschäft bezogen. Als sie dann am fraglichen Morgen aus dem Korridor in das Zimmer gekommen, habe sie Hoerl angesprochen. Als sie sich zu ihm umdrehte, erhielt sie von Krüger einen wuchtigen Schlag über den Hinterkopf. Sie sei sofort zusammengebrochen. Hoerl habe sie an der Kehle gepackt und ihr den Mund zugehalten, um ihre Hilferufe zu ersticken. Sie habe ihn dann noch rufen gehört: „Schlag doch fest zu! Sie ist noch nicht tot.“ Ob Hoerl den Dolch gezogen, vermag die Zeugin heute nicht mehr zu sagen. In

Anne Harding.

Von Hans Fr. Blund.

An dem Tage, als Godeke Michels seinen Kampf mit den Hamburgern austrug, war Anne Harding auf Helgoland geblieben und hatte eine Beute skandinavischer Gewänder in Obhut. War sonst nicht ihre Art, vom Schiff fortzubleiben, aber Stürbecker war geschlagen, man hatte von neuen Rüstungen der Hamburger gehört, und als der Hauptmann seinen Steuerleuten verboten hatte, Weibsbilder an Bord zu nehmen, da hatten sie gemurrt, bis er selbst um der Mannszucht willen Anne Harding nach Helgoland hatte bringen lassen. Der Sturm brandete schwer um den Fels, packte und rüttelte daran, als könnte er den harten Stein mit seinen Fäusten sprengen und in die Flut niederschleudern. Die Bogen kamen in schweren, langen Schlägen gegen die Ansel, sprangen noch einmal auf mit eisigen Armen und fielen donnernd vorüber auf den Strand. Anne Harding sah am Fenster bei Mutter Boos und starrte in die Nacht hinaus. Früh am Tage war ein schümmendes Gerücht gekommen. Ein Fischerboot hatte die Nachricht gebracht, daß ein Hamburger ein paar feindliche Schiffe genommen hätte, auch das von Godeke Michels. Da hatte das Mädchen eine Weile geweint, als wenn sie sterben sollte. Aber nach einer Weile hatte sie sich geföhrt, war stiller geworden, unheimlich still und hatte gemeint, über Godeke Michels warte kein Hamburger zu kommen. War wohl ein anderer, den sie gefangen hatten. Jetzt war es Abend geworden. Anne Harding sah noch wie vor dem, rührte nichts an und blickte nur sehnsüchtig über die dunkle Weite. Wenn sie die Fischergasse hinunterguckte, sah sie unten das Meer, das wie unruhiger Dampf durch die Nacht schimmerte. Mitunter blinkte ein Gischkopf in irgendeinem Widerschein fern auf, kam mit großen, weichen Augen langsam näher und tanzte plötzlich hoch auf, wenn die Wogenkämme in die Hofenfeuer gerieten. Ein wildes Gewirr von Gedanken ging Anne Harding durch den Kopf. Mitunter war ihr, als hämmerte der Sturm an ihren Schläfen, als käme ein großer roter Schein quer über das Wasser wie von einem brennenden Schiff. Aber wenn sie aufschah, war es ein Traum gewesen. Dann wieder schritt plötzlich Godeke Michels durch die Straßen, sah streng zu ihr auf, als wartete er und fragte: „Wo bist du? Warum bist du nicht mitgekommen?“ Sie wollte antworten, da sah sie, wie sein Hals blutrot war. Anne Harding fuhr freudig auf. Der Spul war verschwunden. Ober er war

Preise und Löhne.

Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 8. 10. (in Millionen Mark)		Vollpreis	
Rindfleisch	75-100	Erbsen	36
Kalbsteisch	70-110	Weizengrieß	40-45
Schweinefleisch	90-115	Wirsingkohl	30-35
Snoeck	150-180	Rotkohl	5,5
Lebende Aale	100	Mohrrüben	6
Hechte	40-45	Zwiebeln	6,5-7
Karpfen	40	Grüne Bohnen	12
Schleie	40-45		
Bleie	35-40		
Aale in Eis	90		
Hechte in Eis	35		
Grüne Heringe	12		
Schellfisch	12		
Margarine	95-130		
Schmalz	120-140		
Talg	105		

Wochenlöhne in Berlin (in Millionen Mark)

Treibriemenindustrie vom 30. 9. - 6. 10.	1.584
Schauhindustrie v. 1. - 6. 10. (für Arb. über 21 Jahre)	1.548
Braunenhauer v. 29. 9. bis 3. 10.	1.518
Kistenbranche v. 29. 9. bis 3. 10.	1.258

Später Abendstunde füllten die Geschworenen das Urteil. Hoerl wurde wegen verübten Totschlags und verübten schweren Raubes unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Krüger dagegen erhielt 5 Jahre Zuchthaus unter Verjaugung mildernder Umstände. Beiden Angeklagten wurden 9 Monate Unterhuhungshaft angedreht.

Die Straßenbahn will sich bessern. Verkehrsänderungen ab Montag.

Durch den zweitägigen Teilstreit der Hochbahn ist bei der angeblich reorganisierten „Kleinen Berliner“ eine vollständige Hilfslosigkeit gegenüber den Berliner Verkehrsbedürfnissen offenbar geworden. Immerhin scheint auch die Direktion jetzt einzusehen, daß es so nicht weitergehen kann und sie kündigt die folgenden „Verbesserungen“ an: Am Montag, den 8. Oktober d. J., werden die folgenden Änderungen und Verbesserungen im Straßenbahnverkehr durchgeführt: Auf der Linie 28 werden die Wagen unmittelbar bis Tegeler und Heiligensee, je halbstündlich, durchgeführt. Der Anschlagbetrieb mit Einmannwagen zwischen Tegeler und Heiligensee wird dadurch aufgehoben. Die Linie 54 wird vom Spandau Markt, je halbstündlich bis Hakenstraße bzw. Stadtpark und stündlich bis Johannisplatz durchgeführt. Die Strecke durch die Wöllendord- und Herzbergstraße bis zur Irrenanstalt Herzberge wird wieder in Betrieb gesetzt, und zwar durch Weiterführung der Linie 76 vom Ringbahnhof Franzfurter Allee mit einem 20-Minuten-Verkehr bis Herzberge. Die andere Hälfte der Linie, ebenfalls mit einem 20-Minuten-Verkehr, wird durch die Vorhoener Straße bis zum Viktoriapark in Lichterberg geführt. Der Einmannwagen zwischen Königsberger Straße und Viktoriapark fällt fort. Im Westen wird die Linie 76 mit einem 20-Minuten-Verkehr durch die Hubertusallee bis Rosenthal mit einem 20-Minuten-Betrieb durch die Königsallee bis Hundehofstraße geführt. Die Linie 91 verkehrt vom Görlitzer Bahnhof ansatz durch die Dramen-, Koch-, Unhalt-, Königgräber Straße über Lauffer, Waldemar-, Adalbert-, Köpenicker, Reue und Alte Jakob-, Segelstraße, Spittelmarkt und Leipziger Straße, vom Potsdamer Platz weiter wie bisher und von Wilmersdorf je halbstündlich nach Hakensee und über Schwarzendamm bis Rosenthal. Der Betrieb der Linie 76/91 (Einmannwagen) Wilhelmstraße-Hakensee-Hundehofstraße-Rosenthal-Schwarzendamm-Wilmersdorf und umgekehrt wird mit Einführung des durchgehenden Betriebes auf den Linien 76 und 91 eingestellt. Die Strecke vom Schleißchen Bahnhof bis Stralau, Kirche, wird durch Einrichtung eines Anschlagbetriebes an die Linie 13 mit Einmannwagen zwischen Schleißchen Bahnhof und Stralau, Kirche, in Betrieb genommen. Der Einmannwagen verkehrt in Abständen von 20 Minuten. Auf der Linie 64 werden die Wagen, unter Aufhebung des Einmannwagendetriebes, zwischen Sophie-Charlotte-Platz und Bahnhof Heerstraße halbstündlich bis Bahnhof Heerstraße durchgeführt. Die Linie LH, Bahnhof Straß- und Hindenburgdamm-Bahnhof Lichterfeld-Platz, wird zum Ersatz für die frühere Linie 153 über Siemensbrücke und Albrechtstraße bis Bahnhof Steglitz weitergeführt und ebenso in umgekehrter Richtung in Abständen von 20 Minuten, unter gleichzeitiger Einrichtung eines 20-Minuten-Verkehrs auch auf der Linie M. Neben diesen Betriebsverbesserungen, die am Montag eingeführt werden, ist beabsichtigt, in aller Kürze Ergänzungen und Änderungen an folgenden Linien vorzunehmen: Die 44 soll vom Kaiserplatz bis zum Bahnhof Steglitz verlängert werden, die 57 von der Doppelallee bis Pantow, Breite Straße, die 64 soll am Zoo enden, die 54, die von Spandau kommt, soll statt wie bisher durch den Tiergarten am Anie über den Zoo, Wittenberg- und Rollendortplatz durch die Potsdamer und Leipziger Straße bis zum Spittelmarkt geführt werden, anstatt der 54 und der 64 soll eine neue Linie mit der Nr. 75 auf dem Weg Heer-, Bismarckstraße, Charlottenburger

Chauffe bis Ruppertstraße geführt werden. Die halbstündlich an der Heerstraße und halbstündlich am Sophie-Charlotte-Platz endend. Der Zeitpunkt der Einführung dieser Änderungen wird noch be-lanntgegeben.

Falsche 100-Pfund-Note.

Der Herausgeber falscher Hundertpfundnoten, der, wie wir berichteten, schon in anderen Städten aufgetreten ist, hat auch in Berlin eine erfolgreiche Ostrolle gegeben. Der Betrüger, ein mittelgroßer Mann mit kurzgeschorenem Haar, der elegant gekleidet ist und auch zeitweise ein Monokel trägt, erschien am 4. d. M. auf dem Pferdemarkt in Weiskensze und verlangte von einem Pferdehändler ein paar wirklich gute Pferde, die ihm auch ein Gespann anbieten konnte. Man war sich bald über den Kaufpreis, annähernd 100 englische Pfund, einig und der Käufer gab dem Händler eine englische Hundertpfundnote in Zahlung. Der Pferdehändler war vorzüglich genug, den Schein zur Prüfung einer Bankfiliale vorzulegen. Diese hielt sie für echt und erkannte sie später erst als gefälscht. Unterdessen war der Käufer mit den Pferden auf und davon gegangen. Gestern kaufte derselbe Schwindler in einem Geschäft in der Friedrichstraße ebenfalls einen kostbaren Ring und gab dafür eine Hundertpfundnote in Zahlung. Diese Note ist so gut gefälscht, daß sie nur schwer als Fälschung zu erkennen ist. Der geschädigte Pferdehändler hat auf die Wiederbeschaffung des Gespanns, dessen Aufstauden irgendwas auffallen muß, eine Belohnung von 10 Millionen den Mark ausgesetzt. Zweifelhafte Angaben nimmt Kriminalkommissar Seinemeyer im Berliner Polizeipräsidium entgegen.

1 Pfund Zucker 51 1/2 Millionen.

Der Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler sowie der Landesverband Berlin-Brandenburg des Reichsverbandes des deutschen Nahrungsmittelgroßhandels teilen mit, daß nach Festlegung des Großhandelspreises für Zucker durch den Herrn Oberpräsidenten für die Zeit vom 8. Oktober der Verbraucherpreis 51 1/2 Millionen das Pfund für Melis-zucker beträgt. Auf bessere Sorten als Melis dürfen entsprechenden von der Zuckerwirtschaftsstelle festgesetzten Sortenzuschlägen besondere Zuschläge erhoben werden.

Personenstandsaufnahme.

Die Hauptsteuerverwaltung teilt mit: Die alljährlich vorzunehmende Personenstandsaufnahme erfolgt für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin nach dem Stande vom 10. Oktober d. J. Hierzu erhalten sämtliche Hausbesitzer oder deren Vertreter die erforderlichen Personenstandslisten und Wohnungslisten vorher zugestellt. Die Abholung der ausgefüllten Listen erfolgt vom 12. Oktober d. J. ab. Die Ausfertigung der Steuerbücher erfolgt nach den eigenen Angaben der Steuerpflichtigen in diesen Wohnungslisten. Es liegt daher im Interesse der Steuerpflichtigen, die zur Aushändigung kommenden Wohnungslisten genau und leserlich auszufüllen. Die vorchriftsmäßige Ausfüllung der Personenstandslisten und Wohnungslisten muß nach der Reichsabgabenordnung erfolgen und kann durch gesetzliche Strafen erzwungen werden. — Zugleich wird darauf hingewiesen, daß Verkäufe von Gold- und Silberwaren, von Musikinstrumenten aus Edelholz, Teppichen, Automobilen usw. aus privater Hand der Luxussteuer von 15 Proz. unterliegen. Die Steuer ist abzuführen an die Kasse eines der 14 Finanzämter, welche in Groß-Berlin mit der Bearbeitung der Umsatzsteuer befaßt sind. Bei diesen Beamten, insbesondere bei dem Finanzamt für Umsatzsteuer, Berlin-Innenstadt, Jüdenstr. 58/60, sind ausführliche Wertlisten hierüber zu erhalten.

Spalte 6a für Konfessionslose.

Die von den Hausbesitzern oder Verwaltern jetzt zur Ausfüllung herangezogenen Wohnungslisten enthalten als Spalte 6a die Aufforderung an den Wohnungsinhaber, anzugeben, falls er aus der Kirche ausgeschieden ist, in welchem Jahr und bei welchem Amtsgericht das geschehen ist, und eine Spalte, welche bezeichnet als den Zweck dieser Spalte ausdrücklich, daß mit ihrer Ausfüllung unrichtige Kirchensteuerveranlagungen und Beschwerden vermieden werden sollen. Deshalb liegt es im eigenen Interesse eines jeden aus den großen Religionsgemeinschaften ausgeschiedenen, diese und die vorhergehende Spalte 6: „Religionsbekenntnis“ recht genau auszufüllen. Es muß sich dann zeigen, ob die unrichtigen Kirchensteuerveranlagungen auch weiterhin erfolgen.

Mit dem Auto über alle Berge.

Ein gewerksmäßiger Auto- und Motorradliebhaber, dessen Streiche ungewöhnlich raffiniert waren, ist von der Kriminalpolizei in der Person eines 23 Jahre alten aus Krefeld stammenden Kraftwagenmechanikers Wilhelm Teppeler unschädlich gemacht worden. Teppeler, der sehr gewandt auftrat, stets elegant gekleidet ging und

wieder da und nickte ihr zu: „Wenn ich und Stürbecker gegen die Hamburger halten, kann schon nichts geschehen.“ Und dann lachte er ihr zu: „Du sollst jetzt bald Kommandant werden, Anne, ich hol dir 'n neues Schiff.“

Der Sturm fuhr auf, das Mädchen schrak zusammen. Ah, Stürbecker war längst gefangen und tot. Ob Godeke Michels wohl in Rot war, daß er zu ihr kam? Hatte er sie nicht gerufen? Ja, das hatte er, ganz deutlich hatte sie ihn gesehen. Vielleicht lag sein Schiff im Watt und die Hamburger warteten davor. Wenn sie doch ausfahren und ihm helfen könnte.

Mutter Boos schnob in ihrem Stuhl leise vor Rührung. Sie hatte einen guten Verdienst an Godeke Michels gehabt, hatte immer sorgfältig seine Beute zu verwahren gewußt und war sehr unzufrieden, daß die Hamburger Herren gar so streng mit den Treibeutern umsprangen.

„Wenn ich denk, wie er selbst noch hier war und sagte: „Halt mir Anne gut, Mutter Boos!“ Das alte Weib gab ein paar Rehlauten von sich. „Und wie er dann auf den Tisch schlug und schrie, den Hamburgern wollte er's schon eintränken, daß die daran sterben sollten. Weil sie's dem armen Stürbecker angetan hatten! Und wie er dann auf ein gut Gefangen beherrschte, daß ich nur immer die vollen Kannen zu schleppen hatte.“

„Mutter Boos“, schrie der Godeke, „das Bier, das wollen wir gelten lassen bei den Hamburgern!“

Die Alte fuhr erschreckt zusammen. Anne Harding hatte sich umgedreht und sah sie mit weit aufgerissenen Augen an. Mutter Boos trampfte das Herz zusammen, so leid tat es ihr um das Mädchen, aber dann wurde sie ängstlich unter dem Blick, er dünkte ihr unheimlich, so starr, so gräßlich, als hätte der Böse seine Hand im Spiel.

Das Mädchen sprach leise: „Ach soll zu ihm kommen, sagt er, Mutter Boos, er hat mich gerufen!“ Die Alte schrie schrill auf vor Schreck, drückte sich hinter den Tisch, als könnte der ihr helfen und murmelte Unerschrockenes vor sich hin.

Anne Harding lachte leise. „Hast nicht gehört? Heut nachmittag? Henn Peters kam von den Schiffen und sagte, Godeke Michels hält in der Ems, ich soll rüberkommen!“

„Aber das ist ja nicht wahr gewesen. Die Schiffer, die später kamen —“

„Ach will zu ihm, er ist in Rot!“

Mutter Boos freilachte, begann plötzlich an ihren eigenen Sinnen zu zweifeln, als das Mädchen so ruhig und bestimmt sprach, hörte zu und begriff nicht, was sie davon halten sollte.

Anne Harding aber fing an mit wunderlicher Einbildung zu

erzählen, wie Henn Peters am Nachmittag gekommen sei und ihr Grüße bestellte habe. Godeke Michels habe zwar Schaden gehabt von den Hamburger Krosseln, aber kein Schiff sei entkommen, liege vor der Ems und war.

„Wir müssen ihm helfen, sonst holen ihn die Hamburger, Mutter Boos!“ Die harchte mit seltsamem Grauen und hätte's doch glauben mögen, so bestimmt sprach das Mädchen. Dann fiel ihr plötzlich ein, daß sie den ganzen Nachmittag mit Anne Harding zusammengeessen hatte, daß es der Weihnachts sein mußte, der aus der andern sprach. Mit einem hellen Schrei lief Mutter Boos aus dem Raum.

Anne Harding grübelte noch eine Weile, sah die Einbildung, schaute auf die halbverfäulenen Schiffe ihres Lieblichen und wußte halb träumend, daß sie im Fieber war. Aber die Stunde der Entscheidung peitschte ihr Blut, ein sinnloses Treiben beherstete sie und verwirrte ihre Angst zu wahnwitzigen Gedanken. Sie machte sich an der Truhe zu schaffen, begann ihren Schmut anzulegen, holte einen feinsten Beutel mit Hamburger Münzen aus einer Ecke und klebte sich wie zu einem großen Fest. So trat sie auf die Straße hinaus.

Der Nord strich jaulend und brausend um die Häuser, fuhr weiter und sprang heulend vom roten steilen Stein zurück, der aus dem Dunkel aufragte. Als er Anne Harding so feierlich und ernst daherschreien sah, schwieg er, daß dem Mädchen war, als machte er Platz für Godeke Michels Braut. Und sie lauflachte und harchte durch die Nacht und alles ringsum, der Wind und die fern donnernde See schienen ihr von dem andern zu erzählen, sie zu grüßen und sie zu rufen.

„Wo liegt mein Schiff?“ fragte sie.

„Vor der Ems — vor der Ems!“ sagte der Sturm.

„Wie komm ich dahin?“ fragte das Mädchen in halb ersticktem Jubel.

„Nimm dir Bolt und mach's wie Godeke Michels.“

Das Mädchen fuhr verwirrt zusammen und sah ängstlich über das Meer. Draußen auf der See logen ein paar dunkle Schiffe-leiber. Ihr war, als trüge der Sturm dasanken der Kohlen, das Anarren und Kosseln von Wanken und Ankerspill wie einen Vordruck herüber. Eine Weile horchte sie noch, dann sprang eine unerklärliche sieghafte Freude in ihr auf. Hastig eilte sie die Straße hinunter in die Schenke am Hafen.

Ein Johlen und Gröhlen erhob sich, als sie eintrat, dann, als die Beute ihre wunderlichen Züge sahen, wurde es langsam stiller. Einige Betrunkene schrien etwas, wurden von andern zur Ruhe gebracht und torkelten neugierig näher. Es war buntes Schiffsvolk aus aller Herren Länder, verwegene Burtschen, die auf Helgoland

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Die Beiträge betragen für die 41. Woche, 1933 mit Sonntag, 7. Oktober: 40 000 000 M., 18 000 000 M., 35 000 000 M., 1 000 000 M., 30 000 000 M., 500 000 M., 22 000 000 M., 200 000 M.

Achtung! Kunstgewerbe Achtung!

Montag, 8. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr, im Lokal d. Winter-Kino-Ges. für Kunstgewerbe-Konferenzen

Achtung! Chirurgie-Mechanik Achtung!

Montag, 8. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Lokal von Hummel, Groppeustraße 5

Achtung! Zellnarbeiter Achtung!

Montag, 8. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Lokal Stargarder Str. 8

Branchenversammlung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Swob, Staliger Str. 126

Verammlung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Bezirksleitungsführung

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hegenberg, Hagenstr. 73

Advertisement for 'Sächsisches Gardinen- u. Einrichtungshaus' featuring various types of carpets and curtains with prices.

Advertisement for 'Westmann' clothing store, promoting winter coats and sweaters with 'Nicht warten - Preise steigen' slogan.

Advertisement for 'Möbel-Ausstellung' by M. Schlewinsky & Co., showcasing a wide variety of furniture.

Advertisement for 'Trauringe' (wedding rings) and 'Korsette' (corsets) with contact information.

Advertisement for 'Die Zeitschrift der Internationale' (The Communist International) magazine.

Advertisement for 'Trauringe' (wedding rings) by Hermann Wiese, Jeweller, featuring high-quality gold and silver.

Advertisement for 'Marken-Zigaretten' (brand cigarettes) by Fritz Senf, Berlin SW.

Advertisement for 'Geschlechts-Spezialarzt' (Sexual Medicine Specialist) Dr. med. Dammann.

Kleine Anzeigen (Small Advertisements)

Left column of small advertisements including 'Verkäufe' (Sales), 'Sportartikel' (Sports equipment), 'Garten-Laube-Balkon' (Garden/Pavilion/Balcony), 'Nöbel' (Furniture), and 'Kaufgesuche' (Items for sale).

Middle column of small advertisements including 'Erfolg haben Inserate im Vorwärts' (Success with ads in Vorwärts), 'Musikinstrumente' (Musical instruments), 'Fahrräder' (Cycles), and 'Kaufgesuche' (Items for sale).

Right column of small advertisements including 'Verschiedenes' (Miscellaneous), 'Autozubehör' (Car accessories), 'Werkzeuge u. Maschinen' (Tools and machines), 'Unterricht' (Education), 'Arbeitsmarkt' (Job market), 'Mechaniker' (Mechanics), and 'Vorwärts-Austrägerinnen' (Vorwärts carriers).